Rechte Wahlerfolge

H 8040 F
ISSN 1619-1404
Nummer 89
Juli/Aug. 04
2,00 Euro

DER RECHTE RAND



Informationen von und für AntifaschistInnen

Mittenwald – VS-Spitzel in Thüringen – Rieger kauft neues Anwesen – SSS-Prozess – Interview mit Dr. Rolf Gössner – „Stimme der Mehrheit", IfS und JF auf Hohmann-Kurs – Rechter Darkwave in Sachsen – Neofaschisten foltern – JF-Kampagnen – Rechte Musik – D-Day: Geschichtspolitik – Psychogenetiker Volkmar Weiss – Bert Hellinger – Rezensionen – Meldungen

Fotos in dieser Ausgabe:
DER RECHTE RAND (Titelbild, S. 13 und 15),
P. Jülich (S. 16).

Editorial

Der „Superwahltag" zeigte, dass die extreme Rechte in Deutschland keine Chance hat. So schien es zumindest bei ausschließlicher Lektüre großer, überregionaler Medien. Dort war von den „Republikaner(n)", der „NPD" oder anderen extrem rechten „Splitterparteien" nicht die Rede. Jenseits der niedrigen Wahlbeteiligung sollte aber mit einem genaueren Blick in die Regionen die eine oder andere Entwicklung Sorge bereiten. Denn überall dort, wo „Republikaner" und „NPD" ihren Wahlkampf konzentrierten, sind Erfolge offensichtlich. In einer Reihe von Kommunen konnten die Parteien einziehen, sei es in Anklam, Ludwigslust oder Dresden. Bei der NPD ist das nicht zuletzt ein Erfolg ihrer politischen Aufbauarbeit vor Ort. Die wie eine Entwarnung klingende Aussage des Innenministers bei der Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichtes 2003, dass die Mitgliedschaften in extrem rechten Parteien rückläufig seien, sollte nicht täuschen. Auch die bürgerlichen Parteien, allen voran die SPD, haben in den letzten Jahren Mitglieder einbüßen müssen. Dennoch funktioniert ihre politische Arbeit auf allen Ebenen auch weiterhin. Nicht vergessen werden darf, dass letztes Jahr beim Pressefest der „Deutsche Stimme" über 2.000 Besucher zugegen waren und das nach Wunsiedel gar annährend 3.000 Neonazis pilgerten, um dem ehemaligen Vertreter des „Führers" ihre Aufwartung zu machen. Die Mitgliederzahl sagt nicht zwangsläufig etwas über das Mobilisierungspotenzial der extremen Rechten aus.

Während die SPD bundesweit bei den Wahlen als Verliererin dasteht, befindet sich die CDU/CSU im Aufwind. Davon würden gerne auch die Ultra-konservativen vom rechten Rand sowie die „neu rechten" Kreise profitieren. Mit dem geschanzten CDU-Abgeordneten Martin Hohmann und dem Offizier a. D. Reinhard Günzel hoffen extrem rechte Projekte wie die „Junge Freiheit", das „Institut für Staatspolitik" als auch der „Bund der Selbstständigen" nun mehr ein öffentlichkeitswirksames Zugpferd gefunden zu haben. Doch anstatt eine politische Strahlungskraft zu entfalten, ergehen sie sich derzeit noch immer in Gejammer über die vermeintliche links-liberale Hegemonie in Medien und Gesellschaft.

Unterdessen empfahl Prof. Werner Patzelt von der TU Dresden der CDU in der „Sächsische Zeitung", die Wähler extrem rechter Parteien „aufzusaugen": „Die CDU kann und muss auch nationale Rhetorik bedienen - aber kultiviert und im demokratischen Kontext", meint der Politik-Wissenschaftler. Dass es letztendlich egal ist, ob extrem rechte Ideologeme von der NPD, den „Republikaner(n)" oder der CDU vertreten werden, scheint ihm noch nicht aufgegangen zu sein.

An der Küste der Normandie geriet indes der 60. Jahrestag der Landung alliierter Soldaten zum medialen Großereignis. Zum ersten Mal waren neben Veteranen aus den USA, England und Frankreich offiziell auch die Repräsentanten der BRD bei der Gedenkfeier vertreten. Der Wunsch, dass das gemeinsame Erinnern die früheren Feinde jetzt versöhnen soll, mutet an diesem Ort seltsam an. Besonders, wenn zeitgleich in bundesdeutschen Medien ehemalige Wehrmachtssoldaten berichten, wie sie mit ihrem Maschinengewehr in die heranstürmenden Soldaten hielten. Auch 60 Jahre später faseln diese ehemaligen Verteidiger des nationalsozialistischen Deutschland von Pflichterfüllung, ohne scheinbar je begriffen zu haben, was sie da taten.

Die Sorge, dass zukünftig Neonazis das beinahe fertig gestellte Denkmal für die Ermordung der Juden in Europa zum Anlaufziel ihrer Demonstrationen nehmen könnten, nimmt derweil Bundesinnenminister Otto Schily zum Anlass für einen neuen Vorstoß zur Beschränkung des Demonstrationsrechts. Doch die autoritären Konzepte der extremen Rechten lassen sich kaum autoritär lösen. Der starke Staat ist es schließlich, den sie sich herbeisehnen. Mit der Einschränkung liberaler Bürgerrechte würde so ein weiterer Schritt in ihre Richtung vollzogen.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist am 10. August 2004.

V-Mann - ohne Recht und Reue

Über ein Jahrzehnt spitzelte Manfred R. für den Freistaat Thüringen. Sein Zielobjekt waren zuletzt die rechten Kameraden im Umfeld des radikalsten Ablegers der „Deutsche Partei". Wochenende um Wochenende war der rüstige Mittsechziger in der ganzen Republik unterwegs, um gewissenhaft Fotos von Teilnehmern und deren Fahrzeugen zu schießen, Besucher zu registrieren und Berichte zu verfassen.

Von Andrea Röpke



Funktionäre der „Deutsche Partei" und VS-Spitzel Manfred R. (ganz re.)

Für seine Dienste kassierte der akribische Outdoor-Beamte nach eigenem Bekunden monatlich um die 200 Euro. Nebenher saß R. in diversen Gremien rechter Organisationen, bis zur Jahreswende war er Schatzmeister der „Deutsche Partei" (DP) in Thüringen, organisierte aber auch Veranstaltungsräume und Treffen für NPD-Chefs und Kameradschaftsführer.

Inzwischen reagiert Manfred R. ungehalten, geht es um seine ehemaligen Auftraggeber. Denn ohne deren Hilfe verließ er die rechte Szene und wird seitdem bedroht. „Letzten Freitag standen die Rechtsradikalen vor meiner Haustür und verteilten Zettel an die Mitbewohner", berichtet er geschockt. Probleme mit der eigenen Vergangenheit kennt er nicht, nur Probleme mit dem Ausstieg. Als die neue V-Mann-Affäre kurz vor den Landtagswahlen bekannt wurde, ging es nicht um seine Sicherheit, sondern um eine Weisung des Thüringer Innenministeriums aus dem Jahr 2000, wonach keine Führungsfiguren der Szene rekrutiert werden dürfen. R. aber saß im Vorstand der thüringischen DP. Auf der, von den Oppositionsparteien eingeforderten Sondersitzung des Landtagsinnenausschusses, hielt Innenminister Trautvetter (CDU) jedoch unbeirrt an der umstrittenen Gangart fest und zählte den Posten eines Landesschatzmeisters nicht zu den einflussreichen Positionen im Vorstand. „R. sei zu keinem Zeitpunkt eine Schlüsselfigur der Szene gewesen", zitieren die Lokalmedien das Innenministerium. Die Spitzelbeschäftigung wurde hin und her diskutiert, nicht aber die Gefährdung des ausgestiegenen Spitzels. Der bleibt auf der Strecke und sich selbst überlassen.

Ungewohnt offen bestätigten die thüringischen Behörden sofort nach Bekanntwerden die langjährige Beschäftigung des V-Mannes. R. führt es genauer aus: Im Auftrag des Landesamtes für Verfassungsschutz habe er seit Anfang der 1990er Jahre das gesamte bundesweite Neonazi-Spektrum kennengelernt, war von Aufmarsch zu Aufmarsch gereist und hatte artig Bericht erstattet. In seinem Bundesland Thüringen bekleidete der rührige Rentner immer wieder Führungsposten u.a. bei der Partei „Die Republikaner" und zuletzt bei der umtriebigen „Deutsche Partei", vorher hatte er bereits die DSU und die DVU in Thüringen mitaufgebaut. „Ich wurde vom Landesamt für Verfassungsschutz gesteuert", behauptet R. Er sitzt im Wohnzimmer eines Mehrfamilienhauses in einem beschaulichen Ort in Südthüringen und erzählt, wie er Spitzel geworden sei. „Ich war Mitarbeiter einer Behörde und hatte einen Waffendeal angezeigt", so R. Daraufhin seien zwei Mitarbeiter des LfV aus Erfurt bei ihm vorstellig geworden: „Herr R., Sie sind hier doch im rechten Lager, hätten Sie nicht Interesse für uns zu arbeiten?" Die beiden, die R. bald „Henner" und „Jürgen" nannte, trafen sich mit ihm zum Abendessen in noblen thüringischen Hotels. Seine Aufgabe bestand darin, alle Einladungen aus dem rechten Lager anzunehmen und alles aufzuschreiben, „wer, wie viele, was wurde gesagt, welche Autos standen auf dem Hof und möglichst viel zu fotografieren", erzählt R. heute.

Ein besonderes Augenmerk lag auf den Aktivitäten der einflussreichen rechtsextremen Drahtzieher Kurt Hoppe, Michael Burkert und des NPD-Chefs Frank Schwerdt. Aber auch die Entwicklung radikaler Kameradschaften und deren Anhänger aus Schmalkalden, Schleusingen, Zehla-Mehlis und Suhl beschrieb der fleißige Beobachter akribisch. „Vorher hatte ich denen schon die gesamte Mitgliederdatei der Reps beschafft", berichtet R. nicht ohne Stolz, „aber es geschah gar nichts".

Seine Aufgabe dagegen wurde immer umfangreicher, der Terminplan zeigte u.a. Veranstaltungen in Coburg, München und Bremen an. „Ich wollte nicht mehr, sollte aber weitermachen" berichtet er, „meine Verbindungsleute gaben mir genaue Befehle in welcher jeweilig wichtigen Partei ich aktiv werden sollte". Anfang diesen Jahres wurden die ersten Kameraden argwöhnisch, vor kurzem flatterte eine Morddrohung ins Haus: „Du Verräterschwein. Du bist ein V-Mann. Aber keine Sorge - Dich bekommen wir auch noch – Du Schwein!! Die Kameradschaft" R. schaltete sich ab – Hilfe vom Landesamt für Verfassungsschutz bekam er nach eigenen Bekunden überhaupt keine. Kein Aussteigerprogramm stehe ihm offen. Das Landesamt für Verfassungsschutz ließ dagegen verlauten, man habe R. Anfang des Jahres eine Arbeitsstelle in Rheinland-Pfalz angeboten, er aber habe es ausgeschlagen. „Alles gelogen", schimpft der Rentner, dass könne auch seine Frau bezeugen. „Dann wäre ich doch längst weg hier", setzt er leise nach. Zunächst aber beschäftigen ihn andere Sorgen: Weil er den V-Mann-Lohn dem Sozialamt nicht mitteilte, ermittelt nun die Staatsanwaltschaft.

Von der Verharmlosung des deutschen Rechtsextremismus

Von Ulla Jelpke

Für den Kampf gegen den Rechtsextremismus ist kein Geld mehr da. Die Niedersächsische Landesregierung hat den Initiativen, die sich mit den Gefahren des Rechtsextremismus auseinandersetzen, jetzt den Geldhahn abgedreht.

Im vergangenen Haushaltsjahr waren für Projekte gegen Rechtsextremismus noch 682.000 Euro vorgesehen, im laufenden Jahr ist dieser Posten schon auf 362.000 Euro halbiert worden. Davon werden lediglich 43.000 Euro für bereits genehmigte Projekte ausgezahlt. 72 weitere Zuschussanträge, die bei der „Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung" vorliegen, landen im Papierkorb.

Dieses Beispiel zeigt, dass die Auseinandersetzung mit den Neonazis, wie sie von den etablierten politischen Kräften vorübergehend scheinbar betrieben worden ist, nicht mehr als eine Alibiveranstaltung, bestenfalls ein Strohfeuer gewesen ist. Bei der Vorlage des Verfassungsschutzberichtes 2003 nutzten Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) und Verfassungsschutzpräsident Heinz Fromm die allgemeine hysterische Debatte über die so genannte Terrorismusgefahr dazu, mit einer Panikmache wegen des „Islamismus" vom Versagen im Kampf gegen die Neonazis abzulenken. Nach der Blamage im NPD-Verbotsverfahren wurde selbst in bürgerlichen Kreisen zunehmend die Effizienz der Inlandsgeheimdienste in Frage gestellt. So erfüllt der diesjährige Verfassungsschutzbericht vor allem auch den Zweck, durch Angstmache vor Al Kaida („Deutschland ist nicht nur Ruheraum, sondern auch Zielgebiet") eine scheinbare Legitimation für den Verfassungsschutz herzustellen; diese Behörde erscheint den Herrschenden zur Aufrechterhaltung von innerer Repression weiterhin als notwendig.

Ginge es Schily und Fromm wirklich um Gefahrenabwehr, hätten sie der Beobachtung der Neonazi-Szene viel größeres Augenmerk widmen müssen. Denn der Rechtsextremismus in Deutschland ist nach wie vor allgegenwärtig. Einige Beispiele aus den letzten Tagen:

Nach einer Meldung von SPIEGEL-online wurden am 10. Juni nachts um 2 Uhr zigtausende von Spam-mails aus der rechten Ecke über das Web verteilt. Es ging um Türkenhetze, ausländerfeindliche Kommentare, Überfremdungsängste. „Asylant quält Tiere brutal zu Tode", „Was Deutschland braucht, sind deutsche Kinder", „Deutsches Mädchen fast vergewaltigt" waren die Themen. SPIEGEL-online kommentierte: „Erstmals „spammen" Rechte systematisch, um ihre Propaganda unters Volk zu bringen." Das Ziel: Stimmungsmache vor der Europawahl.

Die Antifa Westhavelland berichtet über rechtsextreme Übergriffe im brandenburgischen Rathenow. Am Himmelfahrtstag kam es zu mehreren Gewalttätigkeiten durch Rathenows braune Jugend. In Semlin wurden mehrere Jugendliche zusammengeschlagen, eine 15-Jährige wurde mit einer Flasche beworfen und erlitt durch das berstende Wurfgeschoss Schnittwunden am Arm, einem anderen Jugendlichen wurde sein Palästinensertuch entrissen und vor seinen Augen angezündet. Ungefähr 50 Rechtsextremisten der Kameradschaft „Hauptvolk" und deren Untergruppe „Sturm 27" lieferten sich in Rathenow selbst vor dem Haveltorkino eine Schlägerei mit einer Rockergang.

Die rechten Aktivitäten sind aber beileibe nicht auf die neuen Bundesländer beschränkt. In Niederbayern terrorisierten junge NPD-Mitglieder den Bademeister eines kommunalen Freibades, den eingebürgerten 62-jährigen Familienvater Avdullah Bahtiri, und bedrohten ihn an Leib und Leben. Als ihnen die Gemeinde ein Zutrittsverbot zu dem Bad erteilte, hob das Landratsamt diesen Bescheid „aus formalen Gründen" mit dem Ausdruck des Bedauerns auf.

So viel Nachsicht können dagegen die Opfer rechter Gewalt nicht erwarten. Auf einem Parkplatz in Neubrandenburg wurde am 2. April ein 23-jähriger algerischer Asylbewerber von Rechtsextremisten beschimpft, geschlagen und getreten. Als Folge dieses Angriffs musste ihm ein Hoden entfernt werden. Dennoch unternahm die Ausländerbehörde in der Nacht zum 28. Mai den Versuch, den gesundheitlich schwer beeinträchtigten jungen Mann abzuschieben.

Auch wenn die NPD heute einen Mitgliederschwund verzeichnet - Neonazis organisieren sich jetzt eben lieber in losen Gruppierungen. Immerhin musste auch Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) laut Berliner Zeitung vom 9. Juni zugestehen, dass die Zahl der rechtsextremen Gewaltdelikte in der Bundeshauptstadt im Jahre 2003 auf 70 (gegenüber 52 im Jahr zuvor) angestiegen ist. Seit Jahresbeginn 2004 hat allein in Sachsen-Anhalt die „Mobile Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt" bis Ende April 39 Angriffe mit rechtsextremem oder fremdenfeindlichem Hintergrund registriert. Damit ist die Anzahl der bekannt gewordenen Angriffe mit rechter oder rassistischer Motivation im Vergleich zum Vorjahr um ein Viertel gestiegen.

Nach wie vor gehören AsylbewerberInnen und MigrantInnen zu den Hauptbetroffenen rechter Gewalt. In 11 der 39 Fälle wurden seit Jahresbeginn Asylsuchende und MigrantInnen Opfer rechter Gewalttaten. Eine traurige Spitze mit 15 Angriffen verzeichnet die Stadt Dessau, gefolgt von der Harzregion mit 11 Angriffen und der Stadt Magdeburg mit 5 bekannt gewordenen Angriffen mit fremdenfeindlicher und rechter Motivation. Diese Zahlen stehen nur beispielhaft für ähnliche Entwicklungen in anderen Bundesländern.

Statt sich hierauf zu konzentrieren, wird auch im Jahresbericht 2003 des Bundesamtes für den Verfassungsschutz die ideologische, völlig ahistorische Gleichsetzung von rechts und links fortgesetzt. Es ist ein Schlag in das Gesicht aller AntifaschistInnen, dass die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN) immer noch vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Ärgerlich ist auch die Häme, die über die verdiente Arbeit der VVN unter Vorsitz des ehemaligen Rektors der Humboldt-Universität Berlin und späteren PDS-Bundestagsabgeordneten Heinrich Fink in dem Bericht ausgeschüttet wird, obwohl doch die entschiedene Bekämpfung des Rechtsextremismus ureigene Aufgabe einer rot/grünen Bundesregierung sein müsste. Wörtlich heißt es: „Von der im Oktober 2002 erfolgten Fusion der west- und ostdeutschen traditionell orthodox-kommunistisch ausgerichteten Antifa-Verbände VVN-BdA und „Verband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Nazi-Regimes und Hinterbliebener - Bund der Antifaschisten" (VVdN-BdA) sind keine Impulse für die Arbeit des nun gesamtdeutschen Verbands ausgegangen. Die Aktivitäten der Organisation nahmen auf allen Ebenen ab. Sie verfügt nur noch über eine dürftige Internet-Präsenz und konnte lediglich mit Mühe

die weitere Herausgabe ihrer bundesweiten Zeitschrift „antifa" sichern. Das schwächere Profil war vor allem durch die Alterstruktur der Organisation bedingt. Sie verlor neben je einem der beiden gleichberechtigten Vorsitzenden und Ehrenvorsitzenden auch eine größere Anzahl langjähriger Aktivisten. Solche zumeist hoch betagten Personen waren als tatsächlich zur NS-Zeit Verfolgte von der Organisation als „Zeitzeugen" eingesetzt worden. Sie konnten authentischer als die nachgewachsenen Generationen von „Antifaschisten" - zumeist aus kommunistischer Sicht - über den Terror der Nationalsozialisten gegen politische Gegner berichten."

Vollends unglaubwürdig wird der amtliche „Verfassungsschutz", wenn man bedenkt, wie Grundrechte aus etablierten Kreisen missachtet werden, ohne dass dies je Erwähnung in den Verfassungsschutzberichten finden würde. Eigentlich müsste der Professor der Münchner Bundeswehrhochschule Michael Wolffsohn, welcher öffentlich über die Legitimierung von Folter nachdachte, ebenso Gegenstand der Beobachtung durch den Verfassungsschutz sein wie der Präsident des Ifo-Institutes, Hans-Werner Sinn, der ohne jeden Beweis slowakische Roma verdächtigte, demnächst in krimineller Weise Missbrauch der Sozialhilfe zu organisieren. Aber der Verfassungsschutz war schon immer auf dem rechten Auge blind.

„Ja und Amen" zu Kriegsverbrechen?

Gebirgsjäger-„Traditionspflege" und Gegenaktionen

Von Ernst Antoni



Protest gegen das Treffen von ehem. Wehrmachts- und Bundeswehrangehörigen in Mittenwald

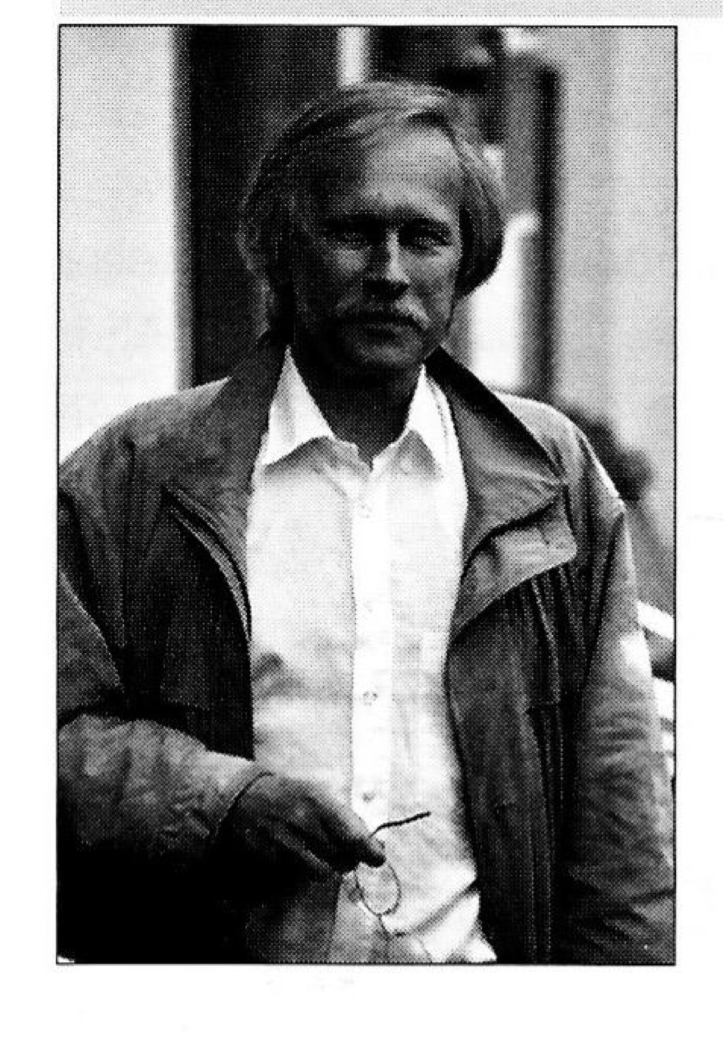
Mit einem Transparent „Ruhm und Ehre den deutschen Gebirgsjägern" wollte auch ein gutes Dutzend Neonazis zu Pfingsten im oberbayerischen Mittenwald seinen Teil beitragen zur alljährlichen „Traditionspflege" der Gebirgstruppe. Ebenso wie ein 59-jähriger Ortsansässiger, der mit einem Hakenkreuz am Hut herumspazierte.

In beiden Fällen schritt schließlich die Polizei ein, die sich ansonsten („rüde vorgehend", so die „Frankfurter Rundschau") bemühte, die rund 600 antifaschistischen DemonstrantInnen einzuschüchtern, die unter Losungen wie „Kein Ja und Amen zu Kriegsverbrechen" und „Entschädigung aller Opfer" gegen das Treffen von alten Wehrmachtsveteranen und aktiven Bundeswehrangehörigen protestierten. Heftig gedrängt werden mussten die Ordnungskräfte, bis sie dann doch die Personalien eines Mannes aufnahmen, der den jüdischen KZ-Überlebenden und Landessprecher der bayerischen VVN-BdA, Ernst Grube, mit dem Satz konfrontierte: „Hitler hat vergessen, euch zu vergasen."

Wie bereits im Vorjahr sorgten der Historiker-Arbeitskreis „Angreifbare Traditionspflege" und die VVN-BdA mit Kundgebungen, Demonstrationen und einer Veranstaltung mit Zeitzeugen aus Griechenland und Frankreich für eine Gegenöffentlichkeit zur größten deutschen Soldatenfeier auf dem Hohen Brendten. Nach wie vor sind die Wehrmachtsverbrechen der Gebirgstruppe - vor allem die zahlreichen Massaker an der Zivilbevölkerung in Griechenland und an italienischen Kriegsgefangenen - ungesühnt. Zwar räumte der Vorsitzende der Gebirgsjäger-Kameradschaft in seiner Ansprache erstmals ein, dass es diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegeben habe, setzte sie aber in einem Atemzug gleich mit den Angriffen von Partisanen auf die deutschen Besatzer.

Die Bundeswehr, die wenige Wochen vor der Feier noch auf Distanz zu dem Treffen gegangen war, vollzog – auf Weisung von oben? – einen makabren Schwenk. Am Pfingstsonntag war plötzlich doch die Militärmusik da, die ursprünglich nicht hatte aufspielen sollen – und der amtierende Gebirgsjäger-Generalmajor Manfred Engelhardt legte einen Kranz des Bundesministers der Verteidigung nieder. Dazu passt, dass im aktuellen Verfassungsschutzbericht die Protestierer gegen das Treffen als Linksextremisten bezeichnet werden. Außerdem ist darin vom „traditionellen jährlichen Treffen der Gebirgstruppe der Bundeswehr in Mittenwald (Bayern)" die Rede. Bisher war von der Bundeswehr immer betont worden, nicht sie, sondern der Gebirgsjäger-„Kameradenkreis" sei Veranstalter des Treffens.

Der „Aufstand der Anständigen“ und sein Knackpunkt NPD-Verbot



Gespräch mit Dr. Rolf Gössner

Der Rechte Rand: In einem Aufsatz der von Ihnen mitherausgegebenen Zeitschrift „Ossietzky“ nannten Sie als „Stolpersteine“ für das Ende des Verbotsverfahrens gegen die NPD: 1. Zahlreiche V-Leute des Verfassungsschutzes auf den Führungsebenen der NPD, 2. Antragssteller bedienten sich solcher V-Leute als Zeugen für die Verfassungswidrigkeit der NPD, 3. Antragsteller enthielten dem Gericht wesentliche Informationen vor. Sind Sie sicher, dass die Rot-Grüne Regierung ein Verbot der NPD wirklich beabsichtigte?

Dr. Rolf Gössner: Kann ich nicht sicher sagen. Das Verbot war angedacht in einer Situation, in der aufgrund der Eskalation rechter Gewalt offenbar der öffentliche Druck so groß geworden war, dass ein „Aufstand der Anständigen“ von oben ausgerufen werden musste. Dieser „Aufstand“ ist ja längst wieder im Sande verlaufen. Der einzige wirkliche Knackpunkt war das NPD-Verbotsverfahren, das ja von der Idee her vom bayerischen Innenminister Günter Beckstein (CSU) stammte und von Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) sehr schnell übernommen wurde. Die Grünen taten sich anfänglich noch relativ schwer mit der Verbotsforderung. Aber mit der Zeit stand dann zumindest die Bundestagsfraktion hinter dem NPD-Verbotsverfahren.

Meines Erachtens wurde seiner Zeit etwas Entscheidendes nicht berücksichtigt, was allerdings die Grünen und insbesondere der Innenminister hätten wissen müssen: dass nämlich sozusagen verschmutzte Beweise für dieses Verfahren benutzt werden. Belastende Beweise, die von V-Leuten stammen und die dann zwangsläufig Probleme bereiten müssen für ein offenes, faires, also rechtsstaatliches Verfahren. Ich kann allerdings nicht beurteilen, ob das fahrlässig oder sehenden Auges geschah – jedenfalls waren die Folgen verheerend und führten zu dem bekannten Verbotsdesaster.

Der Rechte Rand: Sie haben sich an verschiedenen Stellen gegen ein Parteienverbot geäußert und der Linken – wie auch immer – vorgehalten, sie würde nach dem starken Staat rufen. Ist es nicht in der Tat so, dass einige Bestimmungen der Verfassung, wenn sie denn richtig angewendet würden, ein Verbot der NPD zwingend machen. Ich denke an den Artikel 9 GG, Abs. 2 und an den Artikel 139 mit dem Fortbestand der Entnazifizierungsvorschriften. Die könnte man doch einmal anwenden.

Dr. Rolf Gössner: Ja, das wäre durchaus einen Versuch wert. Aber Sie müssen berücksichtigen, dass es sich hierbei keineswegs um die „herrschende“ juristische Meinung handelt. Diese herrschende Meinung geht nämlich davon aus, dass auch die rechtsextreme NPD nur über den mühsamen Weg des Artikel 21, Abs. 2 Grundgesetz („Parteienverbot“) vom Bundesverfassungsgericht verboten werden kann. Allerdings müsste auch bei der von Ihnen vorgeschlagenen Verbotslösung eine Beweisführung stattfinden – damit hätten wir auch hier Probleme, etwa mit dubiosen V-Leuten und ihren Aussagen.

Der Rechte Rand: Ein solches Verbot würde doch Neonazis ihre offenkundig antisemitischen und antirassistischen Äußerungen erheblich erschweren. Rassis-

Neues Hetendorf ?

Jürgen Rieger hat wieder zugeschlagen! Der „Weser Kurier“ berichtete am 26. Juni vom neuen Immobiliencoup des Hamburger Neonazis: Als Bevollmächtigter einer britischen Stiftung habe er ein riesiges ehemaliges Bundeswehrgelände, insgesamt über 26.000 qm mit vier guterhaltenen Gebäudekomplexen, im Landkreis Verden erworben. „Gut Heisenhof“ liegt direkt an der Bundesstraße 215 zwischen Nienburg und Verden, ausserhalb der Gemeinde Dörverden, von einem parkähnlichen Gelände umgeben. Für nur 255.000 Euro ersteigerte Rieger die Immobilie im Auftrag einer dubiosen „Wilhelm-Tietgen-Stiftung“ mit Sitz in London. Dem „Weser Kurier“ erzählte Rieger, dass es sich zunächst einmal um eine Geldanlage handele, aber in zwei, drei Jahren solle es mit einem ganz besonderen Projekt losgehen, man wolle auf dem Gut eine Art Anstalt für Fruchtbarkeitsforschung errichten. Der Anführer der „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ und seine Schergen wollen „kinderlosen Ehepaaren zu Kindern verhelfen“. Die Stiftung habe ihren Sitz in London, weil die Gesetze in Großbritannien liberaler seien und die Leihmutterschaft dort nicht verboten sei.



Riegers Neuerwerb, Gut Heisenhof nahe Dörverden

Auf die Frage, ob ein zweites Hetendorf geplant sei, versicherte Rieger „für Tagungen politischer Art und Musikgeschichten und so“ wolle er vielmehr ein vor fünf Jahren in Hameln erworbenes Kino benutzen.

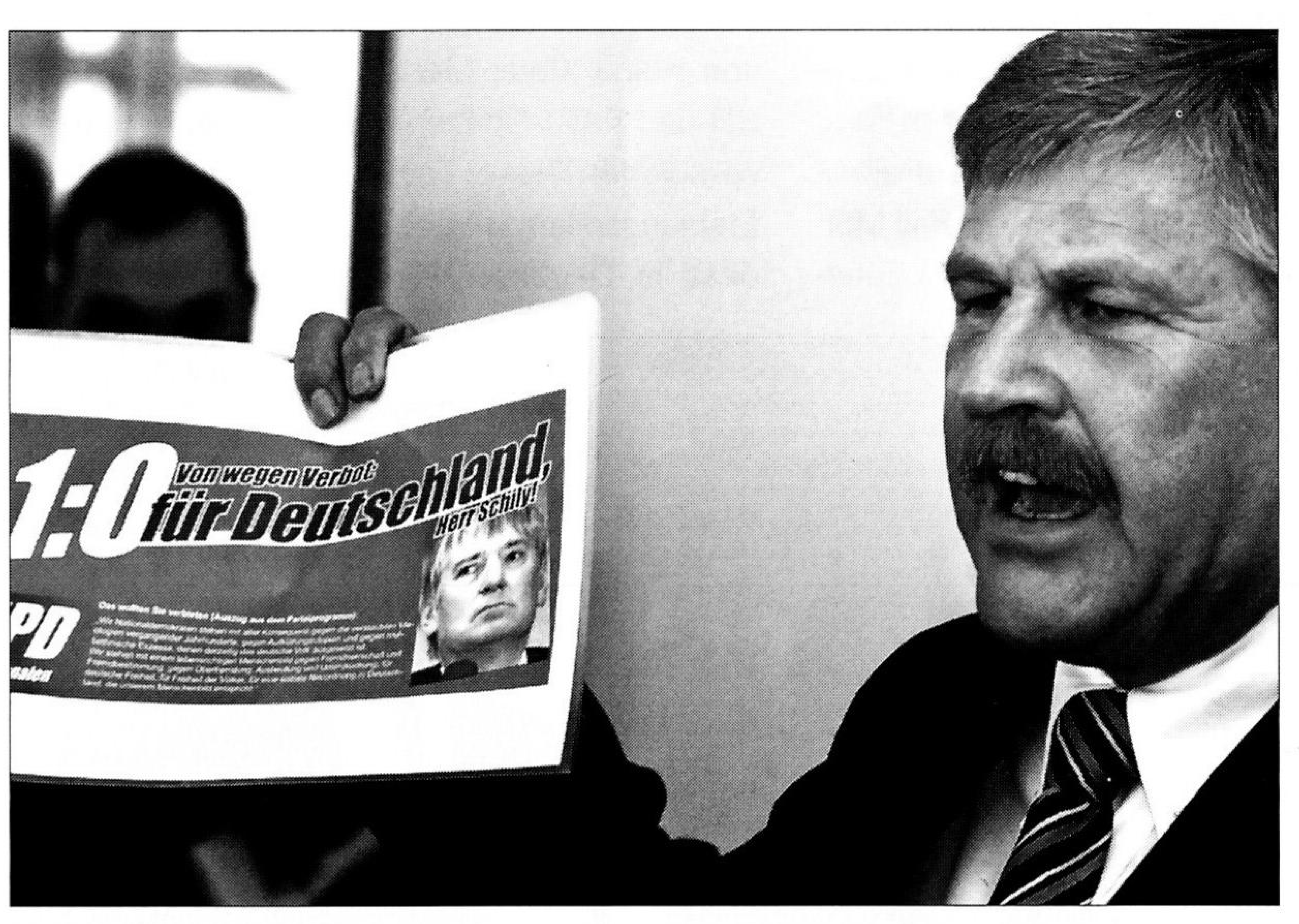
Das darf angezweifelt werden. Die geräumigen, von der Bundeswehr genutzten Gebäude in Dörverden sind gut erhalten, stehen leer und könnten sofort genutzt werden, sie scheinen für Riegers Vorliebe für Schulungen und germanische Kampfspielchen bestens geeignet. Es gibt unzählige kleine Zimmer, große Säle, und intakte Sanitäranlagen. Die Unterbringungskapazität ist weitaus höher als im ehemaligen Hetendorfer Schulungszentrum. Dörverdens Bürgermeister erkennt denn auch: „Das wird jetzt mehr als schwierig“.

mus und Antisemitismus könnten nicht mehr in einer organisierten Massenversammlung öffentlich wirksam manifestiert werden. Bei den Aufmärschen nach dem Scheitern des Verbotsverfahrens ist die NPD z.B. immer unverhohlener mit Parolen in die Öffentlichkeit gegangen, die an die Zeiten der nationalsozialistischen Diktatur erinnern. Am 1. Mai wurde die „Volksgemeinschaft" propagiert und Transparente mit der Aufschrift „Arbeit macht frei" gezeigt. Reicht so etwas nicht schon aus?

Dr. Rolf Gössner: Um eine Partei zu verbieten, wird das wahrscheinlich nicht ausreichen. Abgesehen von der rechtlichen Qualifizierung der einzelnen Äußerungen ist auch immer die Frage, wer in der Partei was sagt. Die Zurechenbarkeit muss klar sein und da gab es doch immer die Schwierigkeit, wem ist das im einzelnen tatsächlich zuzurechnen, ist die Partei insgesamt auf dieser Linie. Selbst wenn man davon ausgeht, dass bestimmte rassistische und rechtsextreme Äußerungen tatsächlich der NPD insgesamt zuzurechnen seien, dann ist es immer noch eine Frage des hieb- und stichfesten Beweises. Wenn die Beweise aus öffentlichen Quellen jedoch offenbar oder angeblich nicht ausreichen und deshalb auf V-Leute zurückgegriffen wird, die im Zweifel selber die rechte Propaganda betreiben, dann ist die Sache eben äußerst heikel, gerade in einem verfassungsgerichtlichen Verbotsverfahren.

Der Rechte Rand: Warum sind Sie gegen ein Parteienverbot?

Dr. Rolf Gössner: Prinzipiell ist ein Parteiverbot eine Ultima-ratio-Maßnahme – sozusagen wenn nichts mehr geht oder alles andere versagt hat. Ich sehe jedoch in Verboten eine eher hilflose Politik der Verdrängung. Viele glauben allzu leicht, dass wenn man etwas verbietet, es sozusagen weg und damit das Problem gelöst sei. Es handelt sich dabei aber letztlich um die Delegation eines scheinbar gesellschaftlich nicht zu lösenden Problems an den Staat, bitte schön, tue etwas dagegen, schaff' uns dieses Übel vom Hals. Die Debatte um das umstrittene NPD-Verbot zeigt meines Erachtens fokusartig das Dilemma der sogenannten wehrhaften Demokratie im Kampf gegen Rechts: Einerseits gebietet es die deutsche Geschichte, gerade bei rechten Organisationen und Parteien besonders wachsam zu sein, Strukturentwicklungen in den Neonazi-Szenen gründlich zu beobachten und entsprechend zu reagieren; andererseits aber kann sich die Fixierung auf den Staat, auf ein staatliches Verbot rasch als überaus fatal erweisen.



Udo Voigt mit NPD-Propaganda zum Verbotsverfahren

Deshalb misstraue ich auch entsprechenden Forderungen aus der antifaschistischen Linken, die da plötzlich den kaum kontrollierbaren Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz" akzeptieren, wenn der nur ordentlich gegen rechts operiert – mit welchen Folgen, haben wir ja gesehen: Über sein V-Leute-Netz ist er selbst Teil des Neonazi-Problems geworden und konnte nicht ansatzweise zu dessen Lösung oder Bekämpfung beitragen. Und weiter: Plötzlich wird von manchen Antifaschisten das umstrittene Anti-Terror-Sonderrechtsystem um den § 129a StGB als positiv eingeschätzt, wenn es denn nur gegen rechts Anwendung findet. Und nicht anders verhält es sich bei der Forderung nach Verboten von Organisationen oder Parteien. Wie gesagt, ich halte das für eine problematische Politik der Verdrängung.

Der Rechte Rand: Was bleibt den GegnerInnen des Neonazismus noch als Möglichkeiten der Bekämpfung? Welche politischen Mittel könnten nach Ihrer Auffassung noch greifen?

Dr. Rolf Gössner: Statt Verbotspolitik setze ich mehr auf zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung. In der ganzen Verbotsdebatte kommt die aktive Komponente der offensiven gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu kurz. Denn wenn rechtsextreme und rassistische Einstellungen bis weit in die Mitte der Gesellschaft vertreten werden, dann muss man wohl von einer mangelhaft entwickelten politischen Kultur sprechen. Wenn sich rechte Schläger legitimiert fühlen, diese Einstellungen in Gewalthandlungen gegen Minderheiten umzusetzen, dann haben Staat und Gesellschaft versagt. Die Delegation dieses gesellschaftlichen Problems (ausgerechnet) an den Staat behindert nicht nur eine radikale Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus und eine engagierte Gegenwehr durch die BürgerInnen selbst, sondern sie befördert auch eine Sicherheitskonzeption, die der Bevölkerung vorgaukelt, verhängnisvolle politische Entwicklungen könnten etwa geheimdienstlich oder per Verbot verhindert werden.

Deshalb muss die Auseinandersetzung mit solchen Kräften, und daran führt kein geheimdienstlicher Schleichweg und kein staatliches Verbotsverfahren vorbei, verstärkt politisch geführt und in die Mitte der Gesellschaft getragen werden – dorthin, wo der Rechtsruck des vergangenen Jahrzehnts seinen Ausgang genommen hat, dorthin, wo fremdenfeindliches Gedankengut den fruchtbaren Nährboden für rassistische Gewalt bildet.

Politische Gegenstrategien gegen rechtsextreme Tendenzen sehe ich in einer konsequenten Antidiskriminierungspolitik, einer humanen Asyl- und Migrantenpolitik, der Stärkung der Position von Minderheiten und einer besseren Unterstützung von Opfern rechter Gewalt. Gefordert sind also primär sozial- und verfassungsverträgliche Lösungsansätze – jenseits von Verbots- und V-Mann-Seligkeit, also auch jenseits von institutionellem Rassismus, jenseits von Neonazis und rechten Schlägern im Dienst des Staates.

Der Rechte Rand: Vielen Dank für das Gespräch.

Dr. Rolf Gössner ist Rechtsanwalt, Publizist und parlamentarischer Berater. Seit 2003 Präsident der „Internationalen Liga für Menschenrechte" (www.ilmr.de). Mitherausgeber der Zweiwochenschrift „Ossietzky" (www.sopos.org/ossietzky). Autor zahlreicher Sachbücher zu Bürgerrechtsthemen, zuletzt: „Geheime Informanten: V-Leute des Verfassungsschutzes - Kriminelle im Dienst des Staates", Knaur-Verlag München 2003. In diesem Buch wird anhand zahlreicher Fallstudien die Verstrickung des Verfassungsschutzes in die braune Szene aufgedeckt. Internet: www.rolf-goessner.de.

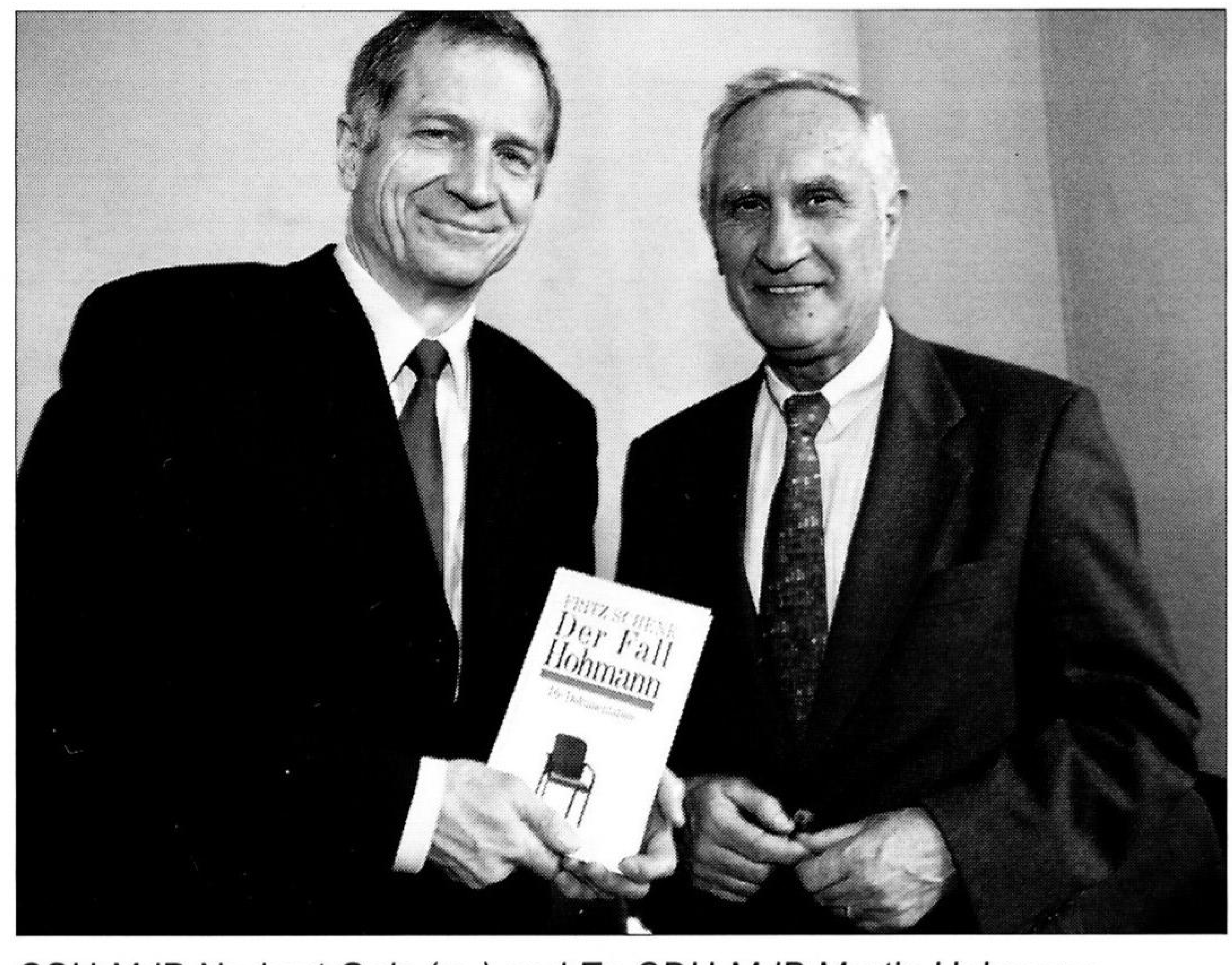
Unterdrückte Mehrheit?

Am 8. Mai lud die „Stimme der Mehrheit" (SdM) nach Fulda zu ihrem Frühlingssymposium unter dem Titel „Meinungsfreiheit in Deutschland - Grundrecht oder Farce?" ein. Star der Veranstaltung war Martin Hohmann, der auf dem Podium im Maritim-Hotel neben dem CSU-Bundestagsabgeordneten Norbert Geis und anderen Honoratioren aus Politik und Presse saß.

Von Ernst Kovahl

Anlass für die Podiumsdiskussion war die anhaltende Paranoia von Rechtskonservativen und „Neuer Rechter", sie würden von „Roten", „Grünen", „Zeitgeist'lern" und der Presse in ihrem Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit beschnitten. Als jüngste Beweise hielten dafür der „Fall Möllemann", die Beobachtung der „Junge Freiheit" (JF) durch den VS Nordrhein-Westfalen (NRW) sowie der „Fall Hohmann" her. Auf dem Podium im Maritim-Hotel saßen neben Hohmann und Geis noch der TV-Journalist Heinz Klaus Mertes, der ehemalige Fraktionsvorsitzende der FDP-NRW Achim Rohde und sein früherer Parteikollege Alexander von Stahl sowie der einstige Bundeswehroffizier Gerd Schultze-Rhonhof. Eingeladen war auch Friedbert Pflüger, Bundestagsabgeordneter der CDU. Nach einer ersten Zusage verzichtete er dann aber doch auf seinen Auftritt. In einem Brief an die Veranstalter kritisiert er die Veranstaltung, die „zu einer reinen Hohmann-Solidaritätsveranstaltung auszuarten" drohe: „Dies scheint mir - im Zusammenhang mit dem Datum 8. Mai - ein Rahmen zu sein, in dem ich nicht auftreten möchte". Mit seiner Einschätzung lag er nicht verkehrt.

Mehr als 200 Gäste reisten zu der nicht-öffentlichen Veranstaltung an, dessen Star tatsächlich der Bundestagsabgeordnete Hohmann war. In einer kurzen Rede verteidigte er noch einmal seine antisemitische Rede vom 3. Oktober 2003, die zu seinem Rausschmiss aus der Bundestagesfraktion der CDU/CSU geführt hatte und ihm ein Parteiausschlussverfahren einbrachte. Er betonte seinen Wunsch, weiterhin Mitglied der CDU bleiben zu dürfen. Unterstützung dafür bekam er vom CSU-Bundestagsabgeordneten Norbert Geis. Auch er bestritt den antisemitischen Charakter der Rede Hohmanns. Bereits in einem in Fulda verteilten Flugblatt des „Bund der Selbstständigen" schiebt Geis die Schuld am Skandal den Medien zu. Sie hätten falsch über die Rede berichtet und den Skandal erst produziert. Allerdings fiel ihm auf dem Podium auch die undankbare Aufgabe zu, die Position seiner Partei zu erläutern. Erwartungsgemäß brachte ihm das wenig Sympathie ein. Als er das Publikum aufforderte, sich auch weiterhin in der CDU zu engagieren - sie sei ja schließlich eine „demokratische Partei" -, erntete er nur höhnisches Gelächter. Wenig Wohlgefallen fanden auch die Worte von Heinz Klaus Mertes. Der frühere BR-und SAT1-Spitzenjournalist widersprach der These, dass es eine „linke Meinungsdiktatur" gebe und betonte, dass in Deutschland durchaus Meinungs- und Pressefreiheit existiere. Die deutsche Rechte kritisierte er indes für ihren oftmals unprofessionellen und voreingenommenen Umgang mit den Medien und gab Tipps, wie sie ihre eigenen Interessen besser in den Medien platzieren könnte. Fritz Schenk indes, der die Anzeigenkampagne „Kritische Solidarität mit Hohmann" initiiert hatte und jüngst im „Universitas"-Verlag ein Buch über den „Fall Hohmann" veröffentlichte, forderte eine Entschuldigung von Angela Merkel bei Hohmann für den seines Erachtens zu Unrecht erfolgten Vertrauensentzug und das eingeleitete Ausschlussverfahren.



CSU-MdB Norbert Geis (re.) und Ex-CDU-MdB Martin Hohmann

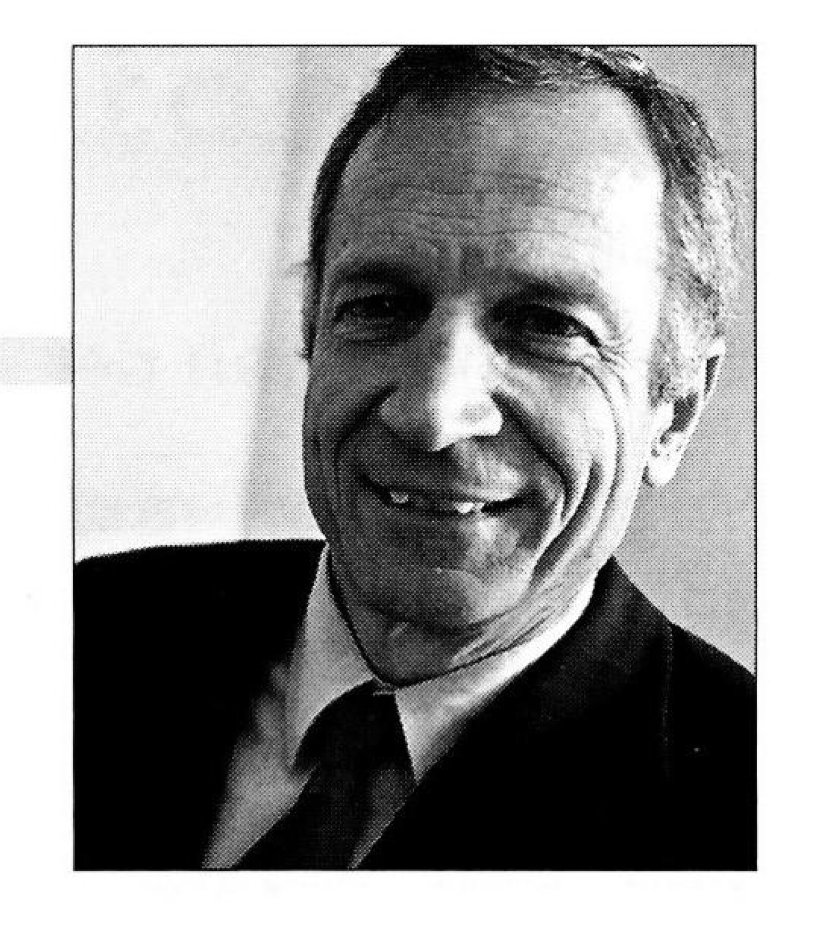
In weiteren Kurzreferaten schilderten die anderen Podiumsteilnehmer weitere Beispiele vermeintlicher politischer „Unterdrückung". Gerd Schultze-Rhonhof, Autor eines geschichtsrevisionistischen Buches über den zweiten Weltkrieg, stilisierte sich zum „Opfer" einer Verleumdungskampagne. Die deutschen Geheimdienste würden, so der Verdacht des ehemaligen Bundeswehroffiziers, Hand in Hand mit der Antifa zusammen arbeiten und Informationen über ihn weitergeben. Immer wieder würden seine Vorträge gestört oder gleich ganz verhindert. Achim Rohde sah im Fall seines verstorbenen Freundes und FDP-Spitzenpolitikers Jürgen W. Möllemann einen weiteren Fall von Verleumdung und Behinderung der Meinungsfreiheit in Deutschland. Und Alexander von Stahl, Anwalt der Wochenzeitung „Junge Freiheit", wertete die Beobachtung der JF durch den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen als einen ungerechtfertigten Eingriff in die Pressefreiheit.

Als das Publikum das Wort ergreifen durfte, gab es kein Halten mehr. Die Stimmung wurde zunehmend gereizter und antisemitische Ressentiments brachen sich Bahn. Als beispielsweise Norbert Geis anmerkte, er wolle die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel nicht mit Problemen wie der Hohmann-Rede belasten, erntete er Protest. Erregt sprang ein Herr im Anzug auf und widersprach: „Aber ich!". Als eine Einschränkung der Meinungsfreiheit wertete die laute Mehrheit des Publikums auch den §130 StGB, der den Straftatbestand der Volksverhetzung und der Leugnung der Shoa sanktioniert. Dessen Abschaffung forderte Heiner Kappel, Bundesvorsitzender der „Deutsche Partei", laut von seinem Sitzplatz in der ersten Reihe.

Die „Junge Freiheit" zeigte sich im Nachhinein zufrieden mit der Veranstaltung. Ronald Gläser, der für die Zeitung über das Symposium berichtete (Nr. 21, 14.05.2004), meint sogar zu erkennen, dass der „Widerstand" gegen die political correctness „an Ausmaß und Umfang, intellektueller Fundiertheit und professioneller Herangehensweise zugenommen" habe. Unvoreingenommene Beobachter würden diese Einschätzung angesichts der Güte der Redebeiträge als auch des Auftretens der Redner und des Publikums nicht teilen.



Verstetigter Konservatismus



Am 22. Mai fand das 7. Berliner Kolleg des neurechten „Institut für Staatspolitik" in Zusammenarbeit mit der Wochenzeitung „Junge Freiheit" in Berlin statt. Die Veranstaltung mit dem Motto „Meinungsfreiheit und Tabu" stand ganz im Zeichen der „Hohmann-Günzel-Affäre" und ihrer Protagonisten.

Von Patrick Schwarz & Andreas Heckert

Steht hinter Hohmann: Fritz Schenk
Bild re.: Martin Hohmann

Bereits zum siebten Mal lud das „Institut für Staatspolitik" (IfS) zu seiner halbjährlichen Veranstaltungsreihe „Berliner Kolleg" nach Berlin. Etwa 500 Zuhörer trafen sich im Wilmersdorfer „Logenhaus" um die geladenen Referenten zu hören.

Eröffnet wurde die Veranstaltung von dem Institutsmitbegründer und Kuratoriumsmitglied Götz Kubitschek, der in seiner Begrüßung die Möglichkeit eines „konservativen Aufschwungs" erörterte, der aus der Empörung über die „Medienkampagne gegen Hohmann" im „konservativen Lager" erwachsen könnte. Um jedoch aus dieser Empörung politisches Kapital zu schlagen, müsse diese „verstetigt" und „institutionalisiert" werden. Neben dem wenig überraschenden Vorschlag hierfür das IfS zu nutzen, kündigte Kubitschek gleichzeitig die Gründung einer Stiftung an. Dieser Schritt sei notwendig, da die Kapazitäten des IfS aufgrund der großen positiven Resonanz seit der Institutsgründung im Mai 2000 ausgelastet seien.

Nachfolgend referierte der ideologische Kopf des IfS, Karlheinz Weißmann, über „Das Tabu als Machtfrage". Der spröde Vortrag des um wissenschaftlichen Habitus bemühten Gymnasiallehrers stieß jedoch auf wenig Begeisterung bei den Anwesenden. Ähnlich befremdlich reagierten die Zuhörer auf die Ausführung des Alt-68ers und jetzigen Dozenten der „Freien Universität Berlin", Bernd Rabehl. Der selbsternannte „Tabubrecher" sprach unter dem Titel „Tabu und Gegenöffentlichkeit" über die Ambivalenz der „68er", die gegen gesellschaftliche Tabus angegangen seien, nur um neue zu errichten. Der Chefredakteur der „Junge Freiheit", Dieter Stein, referierte schließlich über ein „totalitäres Klima", das „unser Land" fest im Griff habe. Dabei würden „Persönlichkeiten [...] wie bei einer Art Säuberung erledigt". Stein nannte unter anderem Martin Walser, Steffen Heitmann, Jürgen Möllemann sowie die Anwesenden Martin Hohmann und Reinhard Günzel. Fritz Schenk, ehemaliger Redaktionsleiter des „ZDF-Magazin" und Gründer des Appells „Kritische Solidarität mit Martin Hohmann", berichtete über die Arbeit seiner Initiative und von der positiven Resonanz aus der CDU. Einen Großteil seiner Rede verwendete Schenk jedoch für die Werbung seines Buches zur „Hohmann-Affäre".

Mit frenetischem Applaus begrüßten die Zuhörer den vermeintlichen Star der Veranstaltung: Martin Hohmann. In seinem spontanen Beitrag stellte sich dieser als zufälliges Opfer der Medien dar. Sehr zu Verwunderung der Anwesenden stellte Hohmann klar, dass er trotz der Entsolidarisierung weiter Teile der CDU seine politische Heimat weiterhin in der Union sehe. Die hauptsächlich von persönlichen Befindlichkeiten gekennzeichnete Rede war weitestgehend frei von politischen Analysen bzw. der Frage nach einer Perspektive aus der politischen Bedeutlungslosigkeit „konservativer Positionen". Die auf ihn projizierte Hoffnung einer konservativen Galionsfigur wollte Hohmann jedoch nicht erfüllen.

Als letzter Redner des „Berliner Kolleg" trat der ehemalige Brigadegeneral Reinhard Günzel in Erscheinung. Er verlor seinen militärischen Posten, nachdem Hohmann dessen persönliches Solidaritätsschreiben Medienvertretern zugänglich gemacht hatte. Überraschenderweise avancierte Günzel zum größeren Sympathieträger der Veranstaltung.

Der Schwerpunkt seiner Rede lag auf der Kritik an seinen ehemaligen Offizierskollegen und der „mangelnden Kameradschaft" in der Bundeswehr. Neben Ausführungen über Offiziersethos und Korpsgeist machte Günzel zwei Übel in unserer Gesellschaft aus, das „Krebsgeschwür >Political Correctness<", in dessen Namen „Geschichte gefälscht und Recht gebeugt" würde sowie die vielen „Tabus" und „all diese Denkverbote", durch die es unmöglich sei „historische Wahrheiten auszusprechen und zu diskutieren". Günzel beließ es nicht bei diesen Andeutungen und nannte konkret den „Zwang, der >Singularität des Holocaust< unsere Reverenz zu erweisen" und „die Verpflichtung, die im Nürnberger Prozeß von den Siegermächten getroffenen Feststellungen auf alle Zeiten anzuerkennen". Dies alles sei „eine Beleidigung für jeden aufgeklärten Menschen" und bedeutet „das geistige Todesurteil für jede Gesellschaft". Im Gegensatz zu seinen Vorrednern traf Günzel damit den Geschmack seiner Zuhörer, die es ihm mit tosendem Applaus dankten.

Neben den Referenten war das aus überwiegend älteren Herren bestehende Publikum mit einer Reihe „Prominenter" des konservativen und rechten Lagers gespickt, u.a. Ernst Nolte, Heinrich Lummer und Johannes Rogalla von Bieberstein. Aber auch Republikaner, DVU-Mitglieder, farbentragende Burschenschafter, „Junge Freiheit"-Redakteure und Mitglieder soldatischer Verbände waren im Saal vertreten.

Von dem von Götz Kubitschek erhofften „konservativen Aufschwung" war jedoch wenig zu spüren. Stattdessen assistierten sich die Redner im gegenseitigen Bedauern der Wirkungslosigkeit ihrer konservativen Standpunkte im öffentlichen Diskurs und Hohmann beklagte gar das Fehlen einer Führungsfigur im konservativen Lager. Dennoch war das 7. „Berliner Kolleg" für das IfS ein Erfolg. Allein die aufgebotenen Referenten und der unerwartet große Publikumszuspruch dürften einige der Anwesenden beeindruckt haben. Dass dieser Erfolg jedoch bald wiederholt werden kann, ist unwahrscheinlich.

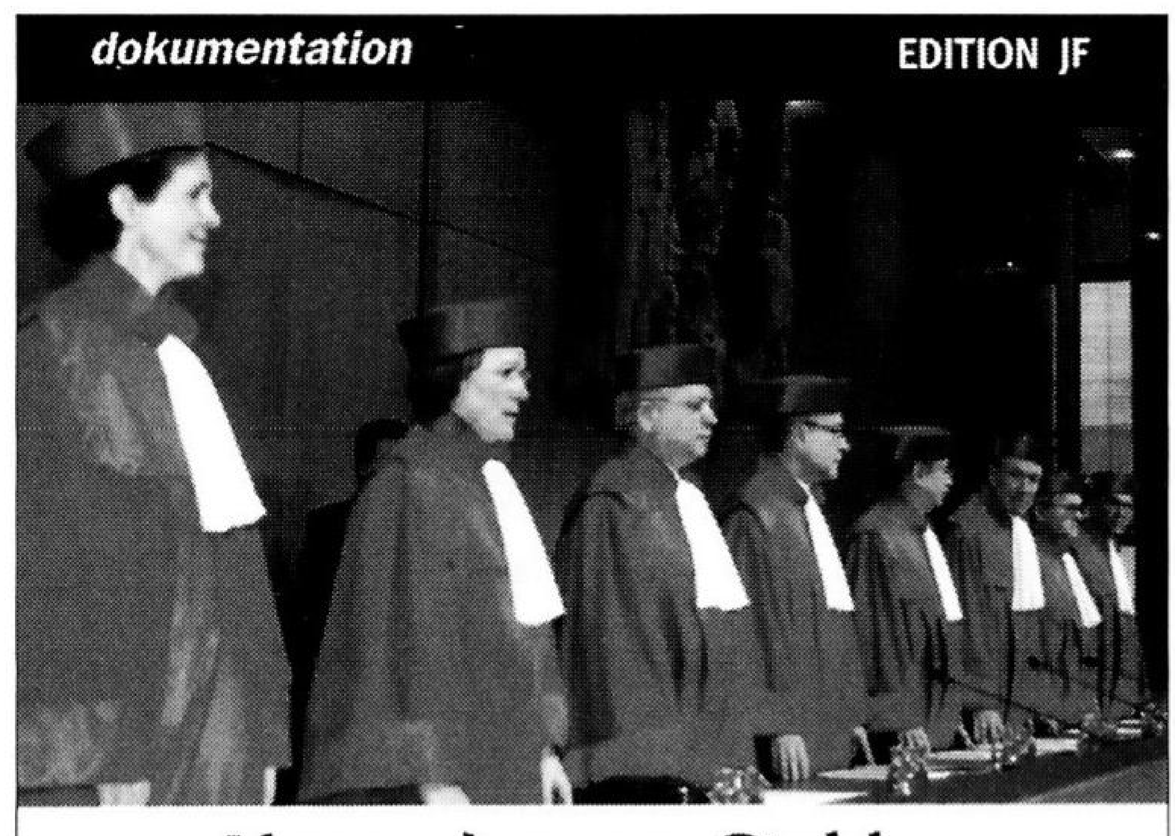
Feindbild schärfen

Die Kampagnen der „Junge Freiheit“

Vor Jahren warb die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ mit dem Aufkleber „Political Correctness - Nein Danke“ für ihre als „nonkonform“ etikettierten rechten Inhalte. Doch mittlerweile sind die Aufkleber aus dem Werbesortiment verschwunden und haben einem aggressiven Kampagnenjournalismus Platz gemacht.

Von Christian Grünert

Das Selbstbild der „Junge Freiheit“ (JF) Redaktion ist seit langem das der verfolgten Unschuld. Seit Mitte der 1990er Jahre klagt die Zeitung über und gegen den NRW Verfassungsschutz, der die JF beobachten lässt. Der Anwalt des Blattes, Generalbundesanwalt a. D. von Stahl, sieht darin eine Einschränkung der Pressefreiheit. Der bisher erfolglose juristische Streit bildet so denn auch die Vorlage für die jährlich wiederkehrende Selbstinszenierung der JF als Opfer staatlicher Zensurgelüste und heroische Verteidigerin der Pressefreiheit. Ihre redundante These lautet dabei, dass sie allein gegen eine feindliche Phalanx aus linksliberaler Presse, dem Verfassungsschutz und der Antifa stehen würde. Aus diesem, als politischen Belagerungszustand rezipierten Weltbild, leiten sich einige inhaltliche Prioritäten der Wochenzeitung ab.



Ex-Generalbundesanwalt von Stahl publiziert im Dienste der JF

Themen und Feindbilder

In den vergangenen Monaten bildeten zwei Themenkomplexe den publizistischen Schwerpunkt des Blattes. In der Hohmann Affäre stärkte man diesem und dem rechten Rand der CDU den Rücken. Hier dominierte ebenfalls der Topos von der angeblichen Hexenjagd auf „konservative Demokraten“, wie die JF das Spektrum zwischen Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus bezeichnet. Zudem wandte man sich intensiv den zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus zu. Exemplarisch wurden in den letzten Monaten Vereine, Initiativen und Einzelpersonen von JF-Autoren denunziatorisch unter die Lupe genommen. Diese wurden assoziativ oder faktisch als linksextremistisch und gewaltbereit dargestellt. Wochenlang skandalisierte die JF beispielsweise die Kölner Ausstellung „Rechts um und ab durch die Mitte“, die Schnittpunkte zwischen Rechtsextremismus und dem politischen Establishment an Zitaten darstellte, als unseriös und inhaltlich unhaltbar. Besonders empört war das Blatt darüber, dass die Ausstellung in den Räumen des Kölner NS-Dokumentationszentrums gezeigt wurde.

Die teilweise äußerst schlecht recherchierten Schnellschüsse, die der Zeitung schon einige Klagen einbrachten, zielen auf eine nachhaltige Wirkung. Der CSU MdB Nobert Geis nahm in seiner Anfrage zum Bundesprogramm CIVITAS vermutlich zumindest indirekt Bezug auf die Berichterstattung der JF. Mehrfach hatten sich Abgeordnete von CDU/CSU nach Verbindungen von Mitarbeitern in CIVITAS-Projekten zum gewaltbereiten Linksextremismus erkundigt. Auch wenn die Bundesregierung dies abschlägig beschied, der JF kommt es auf die öffentlich diskreditierende Wirkung solcher Anfragen an. In der bisherigen Förderung von Projekten gegen Rechtsextremismus über Gelder des Bundes will die JF das Streben von Rot-Grün erkennen, ihre politisch-kulturelle Hegemonie zu zementieren und Konservative in die rechte Ecke zu stellen.

Geht es um das Thema „Kampf gegen Rechts“, so lassen sich zwei Vorgehensweisen unterscheiden. Die an Ereignisaktualität orientierten Artikel zielen auf die Diskreditierung von Personen und Organisationen. In Grundsatzartikeln hingegen wird der politische Gegner weltanschaulich fokussiert. Ob Geschichts- oder Zuwanderungspolitik, Bildung oder Familienpolitik: überall sehen JF-Autoren wie Doris Neujahr, Dieter Stein und Ellen Kositza eine linksliberale politische Klasse am Werk, die die Deutschen ihrer aus JF Sicht ohnehin beschädigten nationalen Identität entfremden.

Zielgruppenorientierte Leserkampagnen

Berichterstattende Feindbestimmung ist jedoch nur ein Aspekt. Den Lesern wird die Möglichkeit geboten, selbst aktiv zu werden. Das stärkt deren Blattbindung. Dabei hat die Redaktion unterschiedliche Zielgruppen im Auge. In diesen Wochen führt die JF zeitgleich zwei Leserkampagnen durch. In der Ausgabe Nr. 16 (09.04.2004; S. 20) findet sich unter der Überschrift : „Zeigt Zivilcourage!“ ein Aufruf an Schüler, dem Blatt die Aktivitäten von Initiativen gegen Rechtsextremismus an ihrer Schule zu melden. Kostprobe: „Wo findet der Kampf gegen Rechts statt ? Wer unterstützt ihn, wie wird er finanziert? [...] Schreibt uns bis zum 1. Juni Eure Erlebnisse, schickt uns Bilder, Fotos oder Arbeitsmappen, an welchem Ort ihr mit Zwangsgedenkminuten und unfreiwilligen Ausstellungsbesuchen malträtiert wurdet! Man werde, so der Aufruf weiter, „jede heiße Spur“ verfolgen. Der Tonfall des Aufrufs könnte selbst bei militanten Neonazis nicht aggressiver sein.

Knapp anderthalb Monate später wendet sich die JF in einem Aufruf an die sogenannte Erlebnisgeneration. Im Nachgang zur Berichterstattung über die Beseitigung eines Kriegerdenkmals u.a. für Angehörige der Waffen-SS in Marienfels, die unter JF Lesern für Empörung sorgte, forderte die Redaktion in einer hauseignen Anzeige dazu auf (Nr. 24, 04.06.2004; S. 12), die Schändung, Umwidmung oder Beseitigung von Kriegerdenkmälern für deutsche Soldaten zu melden. Auch hierzu will man in den nächsten Monaten kontinuierlich berichten.

Die „Junge Freiheit“ ist mithin nicht nur der publizistische Ort für metapolitische Planspiele einer intellektuellen Rechten, sondern in der Zeitung werden diese „Planspiele“ mit gezielten publizistischen Kampagnen verknüpft, die der Leserschaft Orientierung bieten und sie partizipieren lassen.

Neofaschisten im EU-Parlament

Die Wahlen zum europäischen Parlament lockten weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten in die Wahlkabinen. Im Schnitt lag die Wahlbeteiligung bei durchschnittlich 26% in den Beitrittsstaaten und unter 46% in den Mitgliedsstaaten. Im Bundesland Brandenburg nahmen knapp 30% an der Wahl teil, in Polen gab es gar nur 20% WählerInnen und in der Slowakei gerade mal 17%. Erfahrungsgemäß kommen niedrige Wahlbeteiligungen neonazistischen Parteien sehr gelegen, weil ihre Organisationsstruktur Parteimitglieder und Sympathisanten zur Wahlbeteiligung treibt. Einige der rechtsradikalen oder ausländerfeindlichen und rechtspopulistischen Parteien mussten jedoch erhebliche Einbußen hinnehmen.

Von Raimund Hethey und Graeme Atkinson

Zu den größten Verlierern muss zweifelsohne Jörg Haider mit seiner rechtsradikalen „Freiheitliche Partei" (FPÖ) in Österreich gerechnet werden, deren Stimmenanteil von 23% (1999) auf despektierliche 6,3% absackte. Anstatt durch vier Abgeordnete wird die FPÖ im nächsten Europaparlament nur noch mit einem Sitz vertreten sein. Das Mandat wird der rechtsradikale Andreas Mölzer wahrnehmen, Mitherausgeber vom faschistoiden Wochenblatt „Zur Zeit", dem österreichischen Pendant zur bundesdeutschen „Junge Freiheit".

Die rechtspopulistische „Liste Pim Fortuyn" (LPF), die vor zwei Jahren von vielen politischen Beobachtern als unaufhaltsam angesehen wurde, verzeichnete einen ähnlichen Misserfolg in den Niederlanden. Nach dem Tod Fortuyns und ihrer Beteiligung an der niederländischen Regierung sank der Stimmenanteil der streng Anti-EU-orientierten LPF auf 121.192 Stimmen (2,6%). Ihr faschistischer Konkurrent „Nieuw Rechts" erreichte nur lächerliche 0,3% der Stimmen.

In Großbritannien, Spanien, Portugal, Schweden und der Bundesrepublik Deutschland konnten die Neofaschisten und Neonazis keinen einzigen Kandidaten ins Parlament bringen. Die Analyse der realpolitischen Situation vor den EU-Wahlen ließ schlimmeres erwarten und so darf vermutet werden, dass die Gründe der Niederlagen bei einigen der Rechtsradikalen und Rechtspopulisten in ihrer eigenen Inkompetenz gesehen werden müssen. Auf der Basis einer verbreiteten Unzufriedenheit über die Gleichförmigkeit der etablierten Parteien, dem Ärger über deren Arroganz, einem gesunden Misstrauen über die verbreiteten Betrügereien und die Korruption in den EU-Institutionen, einer Abneigung gegenüber dem Krieg im Irak, einer weit gestreuten Islamfeindlichkeit und einer diffusen Angst vor Terror, einer Ablehnung der für viele BürgerInnen als abgehoben und wasserkopfartig empfundenen Bürokratie der EU sowie der Zurückweisung der Eingriffe der EU in die nationale Souveränität der einzelnen Mitgliedsstaaten hatten Neofaschisten und Neonazis gute Voraussetzungen sich als Alternative zu den etablierten Parteien anzudienen. Auch die von den Medien geschürte Hysterie in Europa über die vermeintliche „Flut" von Flüchtlingen und Asylsuchenden nach Westeuropa stärkte deren Ausgangsposition.

Trotz dieser für sie günstigen Rahmenbedingungen waren die Rechtsradikalen weder fähig daraus gemeinsam Gewinn zu erzielen, noch konnten sie eine führende Rolle bei der Abstrafung der amtierenden Regierungen spielen.

Die meisten ihrer Wahlkampagnen konzentrierten sich auf wenige Themen: Gegnerschaft zur EU-Erweiterung in den Nicht-Beitrittsländern, überall Feindschaft gegenüber der „Brüsseler Bürokratie", Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei und allgemeine Zurückweisung - besonders in Westeuropa - von Einwanderung und des Rechts auf Asyl. Der Anstieg der Feindseligkeiten gegenüber dem Islam gipfelte in der Forderung nach autoritären Maßnahmen um „unsere Freiheit" gegen die Terroristen zu verteidigen.

Zustimmung für Neofaschisten und Neonazis in Ost- und Westeuropa

Im zweisprachigen Belgien bekam der rassistische „Vlaams Blok" 930.000 Stimmen und erhielt die Unterstützung eines Viertels der flämischsprachigen Bevölkerung. Das erbrachte den Zugewinn von einem zusätzlichen Sitz im EU-Parlament. Der gleichzeitige Erfolg bei den Regionalwahlen, die am selben Tag abgehalten wurden, deutet das Ende des sogenannten Cordon sanitaire an, mit dem die bürgerlichen Parteien bisher erfolgreich die Rassisten von allen öffentlichen Ämtern ferngehalten haben.

Im europäischen Parlament werden auch Vertreter der nicht etablierten Rechten aus Großbritannien vertreten sein. Die Partei des ehemaligen Unterhausmitglieds der „Labour Party", Robert Kilroy Sirk, die „United Kingdom Independence Party" (UKIP) erzielte 12 Sitze. Einige Mit-

Journalisten-Verband im Visier von rechts

Deutschlands größte Journalisten-Organisation, der „Deutsche Journalisten-Verband" (DJV), hat seine beiden Landesverbände Berlin und Brandenburg ausgeschlossen und plant Neugründungen. Dies hatte der Gesamtvorstand einstimmig beschlossen. Zuvor waren die Anfang Juni neu gewählten Landesvorstände zum Rücktritt aufgefordert worden, dem diese aber nicht nachkamen.

Grund der außergewöhnlichen Aktion: Kurz vor den jüngsten Wahlen war es zu einer Welle von Neueintritten gekommen, die u.a. den sattsam bekannten Torsten Witt aus Berlin auf den Posten des stellvertretenden Landesvorsitzenden Brandenburg hob. Andere Mitglieder hatten daraufhin von einer „feindlichen Übernahme" gesprochen und fochten die Wahlen an. Witt, ehemaliger Landesvorsitzender des „Bund freier Bürger" (BfB) in Berlin und Aktivist gegen das Holocaust-Mahnmal, war von Mitgliedern seines langjährigen „Hausverbandes", dem Verein Junger Journalisten (VJJ), unterstützt worden. Der heutige „Medienberater" Witt war in den späten 1980er Jahren zunächst auf dem rechten Flügel der CDU aktiv und in den 90er-Jahren als Nationalliberaler in der FDP. Witt engagierte sich aber auch für den Coburger Convent und schrieb für die Junge Freiheit.

glieder sind durch antidemokratische Äußerungen bereits aufgefallen.

In Frankreich erhielt Jean-Marie Le Pens „Front National" (FN) 9,81% der Stimmen und verbesserte sich gegenüber 1999 um 4,3%. Damit scheint der Bruch mit Bruno Mégret, der 1999 zu dem mageren Abschneiden führte, keine weiteren negativen Auswirkungen mehr zu haben. Trotzdem ist das Europawahl-Ergebnis ein bemerkenswerter Rückschritt zu den 16% der Stimmen, die der „Front National" noch bei den Regionalwahlen im März gewann. Im zukünftigen Europaparlament ist die Zahl der Sitze vom FN von fünf auf sieben angewachsen.

In Italien gewannen die Faschisten der „Alternative Sociale" des Rechts-Terroristen Roberto Fiore und der faschistischen Vorzeigedame Alessandra Mussolini einen Sitz, genau wie die faschistische „Fiamme Tricolore". Gianfranco Finis „Alleanza Nazionale", die von sich behauptet nicht mehr faschistisch zu sein, holte neun Sitze.

In Griechenland erhielt Jorgos Karatzaferis mit seiner antisemitischen, orthodoxen Sammlungsbewegung „LAOS" 249.000 Stimmen und einen Sitz in Strasbourg, während die „Patriotische Allianz", ein Bündnis von strammen Nazis und militaristischen Junta-Nostalgikern nur 0,17% der Stimmen erreichen konnte.

In Dänemark konnten die populistischen Einwanderungsgegner der „Dänischen Volkspartei" ihren einen Sitz halten und erhöhten ihren Stimmenanteil leicht von 5,8 auf 6,8%.

In Polen konnten die Anti-EU-Extremisten ordentlich abräumen. Die antisemitische „Liga Polnischer Familien" (LPR) von Andrzej Lepper schaffte 15,92% der Stimmen und die Ultrarechten „Samoobrona" (Selbstverteidigung) erzielten 10,78%. Beide Parteien werden nun 10 bzw. 6 Sitze im europäischen Parlament einnehmen. Drei andere, weit rechts stehende Gruppierungen, schafften den Sprung ins Parlament nicht.

Ein tief verankerter EU-Skeptizismus wird wohl der ausschlaggebende Faktor dafür gewesen sein, dass die rechtspopulistische „Für Vaterland und Freiheit" (LNKK) Partei in Lettland vier Sitze, die „Nova Slovenia" und die „Slowenische Demokratische Partei" in Slowenien je einen Sitz erzielen konnten.

In der Bundesrepublik gewannen die mehr oder weniger offen neonazistischen Parteien im Vergleich zu 1999 an Stimmen dazu. Ihr Anteil stieg von 2,1% (1999) auf 3,6%. Die meisten Prozente erreichten die „Republikaner" mit 1,9% (1999: 1,7%). Die NPD konnte ihr Ergebnis von 0,4 auf 0,9% mehr als verdoppeln. Die absolute Zahl der Stimmen für die NPD nahm von 100.000 auf über 200.000 zu. Der Zugewinn der NPD war im Bundesland Sachsen am höchsten. Die NPD konnte sich im Freistaat von 1,2 auf 3,3% verbessern. Insgesamt erreichten die neonazistischen Parteien in Sachsen 8,1% (darunter REP 3,4 und NPD 3,3%), womit sie in die Nähe des SPD-Ergebnisses von 11,9% kamen. In den alten Bundesländern holte die NPD im Saarland mit 1,7% (1999: 0,3%) das beste Ergebnis, im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen konnte sie sich von 0,26 auf 0,6% steigern und in Hessen war das Ergebnis der NPD mit 0,8% fast dreimal so hoch wie 1999. Die rechtsradikale „Deutsche Partei" (DP) um den ehemaligen hessischen FDP-Landtagsabgeordneten Heiner Kappel, in der sich vor allem ehemalige „Republikaner" und ehemalige Funktionäre des aufgelösten „Bund Freier Bürger" (BFB) sammeln, wurde ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht. Nur 0,2% der WählerInnen machten ihr Kreuz bei der „vereinigten Rechten", wie Kappel seine Partei gerne nennt. Selbst in den „Hochburgen" Hessen und Bremen wurde die Partei von den „Republikanern" und der NPD weit abgeschlagen. Damit hat sich der Sammlungsanspruch Kappels wohl endgültig erledigt.

Die esoterisch angehauchte, antisemitische „Bürgerbewegung Solidarität" (BüSo), eine Nachfolgeorganisation der faschistoiden „Europäischen Arbeiterpartei" (EAP) der Helga Zepp LaRouche scheiterte ebenfalls kläglich. Im neuen europäischen Parlament wird somit keine neonazistische Partei der Bundesrepublik vertreten sein.

Von den 732 Parlamentssitzen werden ungefähr 51 von neofaschistischen Abgeordneten besetzt werden. Obwohl sich die Anzahl der Sitze mehr als verdoppelt hat, ist es unwahrscheinlich, dass sich der Einfluss im gleichen Maß verstärkt. Es bleibt abzuwarten, ob die Neofaschisten in der Lage sein werden, eine gemeinsame, politisch einheitlich handelnde Gruppe zu bilden, die groß genug ist, die Anerkennung als „formale Gruppe" zu erhalten, die ihnen neben einer Menge Vorteile auch einen Zugang zu finanziellen Mitteln ermöglicht.

Zu Beginn der neuen Legislaturperiode wird wahrscheinlich Finis „Alleanza Nazionale" versuchen, sich von den anderen Neofaschisten abzugrenzen. Andere wollen gewiss nicht als Fußtruppen von Le Pens FN angesehen werden.

Rechtsradikale Mandatsgewinne bei den Europawahlen im Juni 2004

Von Graeme Atkinson

Belgien: **Vlaams Blok**, 930.700 Stimmen, 23.16% von allen flämischen Stimmen, 3 Sitze

Dänemark: **Dansk Folkeparti (Dänische Volkspartei)**, 128.789 Stimmen. 6.8%, 1 Sitz

Frankreich: **Front National** [Jean-Marie Le Pen], 1.684.792 Stimmen, 9.81%, 7 Sitze;
Mouvement pour la France [Phillipe De Villiers], 1.145.469 Stimmen, 6.67%, 6 Sitze

Griechenland: **LAOS** [George Karatzaferis], 249.449 Stimmen, 11%, 1 Sitz

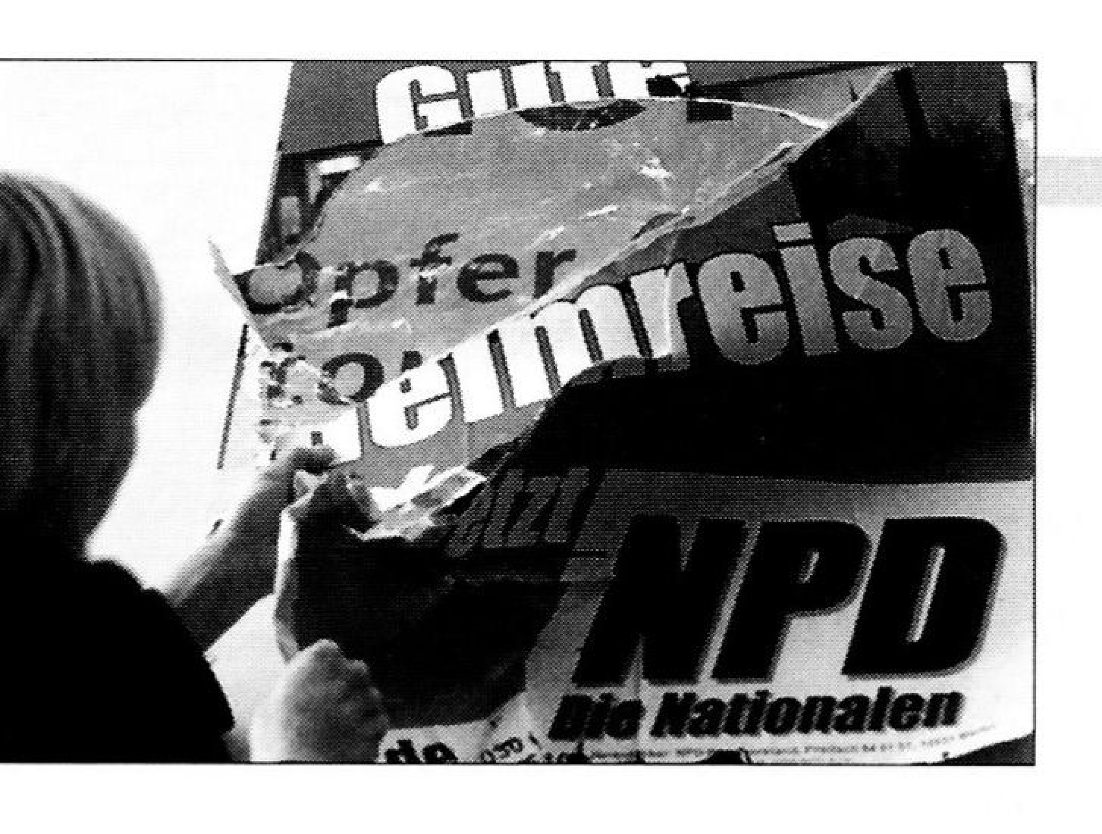
Italien: **Alternativa Sociale** [Roberto Fiore/Alessandra Mussolini], 398.036 Stimmen, 1.2%, 1 Sitz (Mussolini);
Fiamma Tricolore 236.016 Stimmen, 0.7%, 1 Sitz;
Alleanza Nazionale, 3.759.243 Stimmen, 11.5%, 9 Sitze

Lettland: **Für Vaterland und Freiheit (LNKK)**, 170.819 Stimmen, 29.82%, 4 Sitze

Österreich: **Freiheitliche Partei Österreichs** 155.856 Stimmen, 6,33%, 1 Sitz

Polen: **Liga Polskich Rodzin (Liga Polnischer Familien)**, 969.689 Stimmen, 15.92%, 10 Sitze;
Samoobrona (Selbstverteidigung), 656.782 Stimmen, 10.78%, 6 Sitze

Slowenien: **Nova Slovenia**, 23%, 1 Sitz; **SDS – Slowenische Demokratische Partei**, 17%, 1 Sitz



16.000-mal NPD

Rechtsextreme Parteien bei der Thüringer Landtagswahl

Am 13. Juni 2004 traten bei den Landtagswahlen in Thüringen auf Seiten der extremen Rechten die NPD und „Die Republikaner" an sowie eine Reihe in Thüringen eher unbedeutender Organisationen wie „Ostdeutsche Alternative für Deutschland" oder ÖDP.

Von Martina Renner

Bei der Landtagswahl fehlte auf dem Stimmzettel indes die DVU, die auf eine Kandidatur verzichtete. Die „Deutsche Partei" (DP) trat hingegen nur zur Europawahl an und musste in Thüringen wenige Tage vor der Wahl noch hinnehmen, dass ihr Schatzmeister sich selbst als V-Mann des Verfassungsschutzes enttarnte. Inhaltlich setzten die antretenden Parteien des extrem rechten Spektrums im Landtagswahlkampf vor allem auf die Verbreitung einer rassistisch und völkisch durchbuchstabierten „Sozialen Frage".

Den ersten Platz auf der Landesliste der Partei „Die Republikaner" (REP) nahm der Kreisvorsitzende aus Weimar, Frank Welsch, ein. Allerdings beschränkte sich der Wahlkampf der REP beinahe ausschließlich darauf, in fast jeder noch so kleinen Gemeinde mit Plakaten präsent zu sein. Einziges darüber hinaus gehendes Engagement war eine Wahlkampfveranstaltung in Jena. Dennoch - mit Anhieb erreichten „Die Republikaner" 2%. Überzeugen konnte die Partei an der Schnittstelle der braunen Strukturen zum Nachbarland Sachsen, in den Region Greiz und Altenburg. Hier gaben mehr WählerInnen als im Landesdurchschnitt der Partei ihre Stimme. Das hat allerdings weniger mit der Bedeutung der REP in der Region zu tun, als vielmehr mit dem Umstand, dass Ostthüringen ein Brennpunkt extrem rechter Aktivitäten ist.

Die Landesliste der NPD umfasste 15 Bewerber und wurde von den Kreisvorsitzenden Gordon Richter (Gera) und Ralf Wohlleben (Jena) angeführt. Auf dem dritten Platz stand der seit 2001 in Thüringen lebende Kameradschaftsführer und ehemalige FAP-Funktionär Thorsten Heise aus dem niedersächsischen Northeim. Auch auf weiteren Listenplätzen tummeln sich ehemalige und aktuelle Mitglieder der „Freien Kameradschaften". Auffälig ist das Übergewicht der Kandidaten aus Gera, darunter z.B. der JN-Funktionär Nico Hüfner, der geschäftlich den Internetversandhandel „Ultima Tex" betreibt. Damit dokumentiert sich die offene Kooperation der NPD mit den neonazistischen Kreisen von Skinhead- und der RechtsRock-Szene, wie sie auch bei Veranstaltungen und Aufmärschen zu beobachten ist.

An vielen Orten führte die NPD relativ ungestört Wahlkampfveranstaltungen durch, verteilte Flugblätter und brachte Plakate an. Ein Schwerpunkt dieser Aktivitäten lag in Südthüringen, hier führte die NPD im April einen „Doppelaufmarsch" in Meiningen und Suhl durch und veranstaltete zusammen mit der „Deutschen Partei" eine Kundgebung in Schleusingen. Nicht ohne Grund erlebte die Kleinstadt ihren ersten neofaschistischen Aufmarsch. Mit dem „Schleusinger Heimatschutz" scheint sich hier eine Kameradschaft mit besten Kontakten zu NPD und DP etabliert zu haben. Auf den verteilten Flugblättern forderten die Parteien eine „Absage an die Globalisierungspolitik", die „Wiedereinführung einer deutschen Volkswirtschaft" und die „Ausgliederung ausländischer Arbeitskräfte aus der Sozialversicherung".

Trotz des engagierten Wahlkampfes erhielt die NPD landesweit nur 1,5%. Einzelne Wahlkreise lagen aber deutlich über diesem Mittelwert. In den Wahlkreisen Saalfeld-Rudolstadt stimmten beispielsweise 2,6% der WählerInnen für die NPD. Auch im stockkonservativen Eichsfeld, der Hochburg des Thüringer CDU-Ministerpräsidenten, konnte die NPD mit 2,1% ein überdurchschnittliches Ergebnis erzielen. Der einzige Direktkandidat der NPD, Patrick Weber, holte im Kyffhäuserkreis (I) 5% der Stimmen. Dort hatte die NPD mit 4% für die Landesliste ihr bestes Ergebnis. Ein weiterer Aktionsschwerpunkt der Neonazis ist die Region des Saale-Orla-Kreises. Hier reihten sich über Monate rassistische Angriffe auf ausländische Gewerbetreibende, Skinheadkonzerte, Plakataktionen und Einschüchterungsversuche gegenüber AntifaschistInnen aneinander. Die dort erzielten 2,1% für die NPD belegen die Bedeutung der Partei für die Neonazis dieser Region

Obwohl keine Neofaschisten in den Landtag einziehen werden, müssen die Ergebnisse dennoch beunruhigen. Erstens werden NPD und REP aufgrund ihrer Wahlergebnisse eine stattliche Wahlkampfkostenrückerstattung erhalten. Zweitens schien sich kaum jemand an ihrem Wahlkampf zu stören und drittens scheint ihr Potential noch längst nicht ausgereizt. Die jährlich stattfindende Untersuchung der Universität Jena zur politischen Einstellung der ThüringerInnen unter dem Titel „Thüringen-Monitor" stellte jüngst fest, dass fast ein Viertel der im Land lebenden Menschen über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügt. Außerdem stimmen über die Hälfte der Menschen ausländerfeindlichen Aussagen wie „die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet" zu. Bisher spiegeln sich diese Einstellungen jedoch noch nicht im Wahlverhalten wider. Einerseits wohl, weil beispielsweise etablierte Politiker wie der CDU-Innenminister Trautvetter dieses Potential mit einer rechtspopulistischen Politik zu binden suchen und andererseits, da der wachsende Teil antidemokratisch eingestellter Menschen ohnehin nicht an Wahlen teilnimmt. Die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl lag gerade einmal bei 54%.

NPD-Plakate rufen Justiz auf den Plan

Mitte Mai leitete die Staatsanwaltschaft Bremen ein Verfahren wegen Volksverhetzung gegen die NPD ein und ließ Europawahl-Plakate der Partei abhängen. Das Plakat mit der Aufschrift „Gute Heimreise" zeigte ein Minarett und muslimische Frauen, die Säcke mit Gepäck wegtragen. Damit spreche die NPD Ausländern ihr Lebensrecht in der staatlichen Gemeinschaft der BRD ab, so die Begründung. Bei Strafanträgen durch antirassistische und antifaschistische Gruppen in anderen Bundesländern wurde in der Regel auf Berlin, den Sitz der NPD-Zentrale, verwiesen. Dort wurde das Verfahren eingestellt. Erfolgreicher war die von Gerhard Schröder unmittelbar vor der Wahl erwirkte einstweilige Verfügung gegen ein NPD-Plakat mit einem Bild von ihm und der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel sowie der Aufschrift „Lasst euch von denen nicht verarschen!". Der NPD wurde untersagt, das Plakat weiter zu verbreiten.

Von der Straße in die Parlamente

Neonazis gewinnen Parlamentsmandate

Bei den Kommunalwahlen in den sechs Bundesländern Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt und Sachsen, den Wahlen zum Thüringer Landtag und zum europäischen Parlament errangen Neonazis erstmals großflächig Parlamentsmandate.

Von Raimund Hethey und Klaus Harbart

Obwohl sie in ihrer Propaganda, ihrem großen Vorbild NSDAP nacheifernd, die parlamentarische Demokratie verhöhnen, feiern die Neonazis nun ihre Mandatsgewinne. Schließlich hat die Wahl zum europäischen Parlament und dem thüringischen Landtag ihnen für die nächsten fünf Jahre staatliche Zuwendungen beschert, die in Millionenhöhe liegen und bei den kommenden Landtagswahlen und der Bundestagswahl 2006 für antisemitische, rassistische und völkische Propaganda eingesetzt werden können.

Die NPD erreichte bundesweit insgesamt 71 kommunale Mandate, davon 44 im CDU-regierten Sachsen. Im folgenden die Ergebnisse der stärksten neofaschistischen Parteien nach Bundesländern geordnet.

In Baden-Württemberg konnten sich „Die Republikaner" (REP) trotz leichter Verluste behaupten. In der Landeshauptstadt Stuttgart zogen die REP mit etwas über 4% der Stimmen und zwei Mandaten in das Kommunalparlament ein. Neben dem Parteivorsitzenden Dr. Rolf Schlierer wird der bisherige Mandatsträger Dieter Lieberwirth in Stuttgarts Stadtparlament sitzen. In Heilbronn behielten die REP den Fraktionsstatus bei einem Ergebnis von rund 8%. In Villingen-Schwenningen erreichte die „Deutsche Liga für Volk und Heimat" 6,1% der Stimmen.

In Mecklenburg-Vorpommern zog die NPD, die nicht überall kandidierte, in die Kreistage von Ludwigslust (2 Sitze), Müritz (1 Sitz), und Ostvorpommern (2 Sitze) sowie in den Stadtrat von Anklam (1 Sitz), Ludwiglust (1 Sitz) und von Stralsund (2 Sitze) ein.

In Rheinland-Pfalz gewannen „Die Republikaner" überall dort Mandate, wo sie auch angetreten waren. Auffällig sind die Ergebnisse in der Landeshauptstadt Mainz mit 7,3% (4 Sitze), in den kreisfreien Städten Pirmasens mit 10,2% (5 Sitze) und Ludwigshafen mit 8,7% (5 Sitze). In Speyer erreichten die REP 5% (2 Sitze), in Idar-Oberstein 3,1% (1 Sitz), Bad Dürkheim 5,4% (2 Sitze), Germersheim 8,6% (3 Sitze), Schifferstadt 5% (2 Sitze), Frankenthal 4,7% (2 Sitze). In den Kreistagen von Bad Dürkheim, Germersheim und Rheinland-Pfalz sind die REP jeweils mit 2 Sitzen vertreten. Bis auf wenige Ausnahmen konnten die REP in Rheinland-Pfalz Zugewinne für sich verbuchen.

Im Saarland erzielte die NPD einige spektakuläre Wahlerfolge. In der Industriestadt Völklingen, wo der Landesvorsitzende Peter Marx antrat, übersprangen die Neonazis die Fünf-Prozent-Hürde deutlich mit 9,6% (5 Sitze). Marx drohte nach diesem Erfolg für die Landtagswahlen in September mit der Möglichkeit, die NPD mit einer offenen Liste kandidieren zu lassen. Bei der Stadtratswahl hatten ehemalige Funktionäre des „Bund Freier Bürger" und der REP auf vorderen Plätzen der NPD-Liste kandidiert.

Bei den Wahlen zum Stadtverband und zum Stadtrat Saarbrücken konnte die NPD jeweils 4,4%, im Bezirksrat Halberg 5,8% (1 Sitz) erreichen. In der Völklinger Innenstadt lag die NPD bei bis zu über 26% der Stimmen.

In Sachsen-Anhalt gelang der NPD in Halle und Quedlinburg der Einzug in das Kommunalparlament mit 1,8% bzw. 2,8% und jeweils 1 Sitz. Außerdem werden die Neonazis künftig in den Kreistagen vom Burgenlandkreis (2 Sitze) und von Aschersleben-Staßfurt (1 Sitz) vertreten sein. In Sachsen-Anhalt trat die NPD nur vereinzelt an.

Im CDU-regierten Freistaat Sachsen schossen die Neonazis den Vogel ab. In Dresden schaffte das von der NPD dominierte „Nationale Bündnis", das sich im Wesentlichen aus ehemaligen Funktionären der REP, aus „Deutsche Volksunion" (DVU)- und „Deutsche Partei" (DP)-Kadern sowie Mitgliedern der Vertriebenenorganisation „Junge Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO) zusammensetzt, mit etwas über vier Prozent den Einzug in den Stadtrat. Künftig werden die NPD-ler Holger Apfel und Hartmut Krien und der frühere Kreisvorsitzende der Republikaner, Wolfgang Schwarz dem Stadtrat von Dresden angehören. Allerdings war das Wahlbündnis in Chemnitz aus Republikanern, der „Deutschen Sozialen Union" (DSU), der NPD und der DP mit 10,3% und 5 Sitzen wesentlich erfolgreicher. Der Republikaner und Burschenschafter Martin Kohlmann war bislang alleine im Chemnitzer Stadtrat. Er wurde überregional bekannt, als er unter der Regie von Christoph Schlingensief im Zürcher Schauspielhaus bei einer Hamlet-Aufführung, einem sogenannten Aussteiger-Projekt, zusammen mit anderen Rechtsradikalen auf der Bühne stand. Er zeichnete u.a. für einen rassistischen Flyer der REP verantwortlich, der zu den Wahlen am 13. Juni 2004 bundesweit verteilt wurde.

Bei der Kreistagswahl in der Sächsischen Schweiz erhielt die NPD 9,1% (5 Sitze), im Muldentalkreis 5,8% (3 Sitze), im Landkreis Meißen-Radebeul 5,1% (3 Sitze), im Landkreis Freiberg 3% (1 Sitz) und im Landkreis Chemnitz-Land 1,7% (1 Sitz).

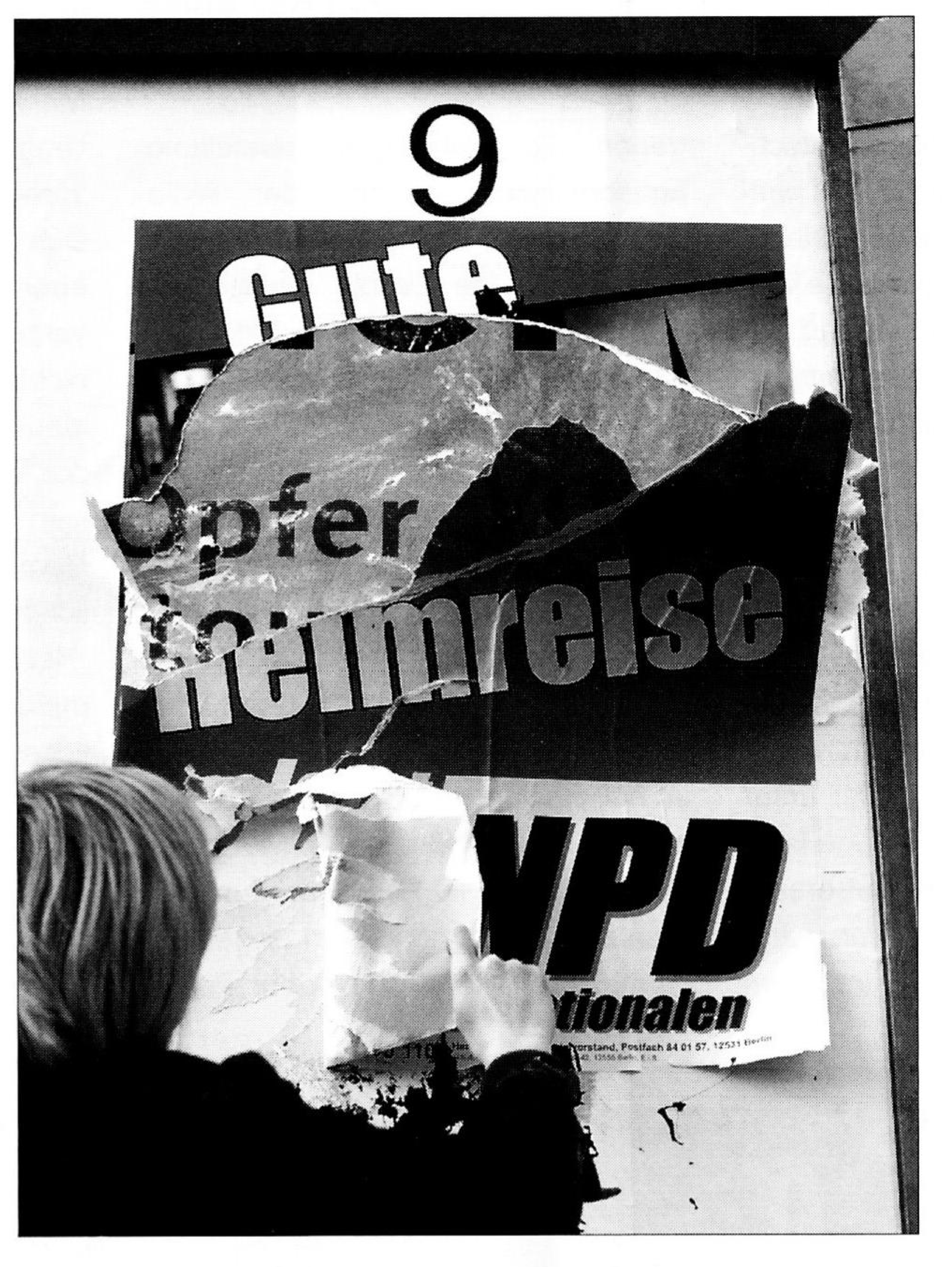
Bei der Stadtratswahl in Meißen schaffte die NPD 9,6% (2 Sitze), in Annaberg 9% (2 Sitze), in Wurzen 11,8% (3 Sitze), in Riesa 9% (2 Sitze), in Freiberg 5,3% (2 Sitze), in Trebsen 11,7% (1 Sitz), in Sebnitz 13,2% (2 Sitze). Bei den Gemeinderatswahlen in Großrückertswalde erzielte die NPD 15,6% (2 Sitze), bei den Ortsratswahlen in Ostrau 18,8% (1 Sitz). Die höchsten NPD-Stimmenanteile gab es bei den Stadtratswahlen in Königstein mit 21,1% (3 Sitze) und bei der Gemeinderatswahl in Reinhardtsdorf-Schöna mit 25,4% (2 Sitze).

Bei der Direktwahl des Bürgermeisters im hessischen Schlüchtern erreichte der Kandidat der REP Frank Marhauer (46) mit 16,2% das drittbeste Ergebnis, wobei er im Ortsteil Kessenbach 40% der Stimmen erhielt.

Warum gewinnen die Neonazis Stimmen?

Als Gründe für die Erfolge der Neonazis werden in den Medien insbesondere die niedrige Wahlbeteiligung als Folge einer Parteien- und Politikverdrossenheit genannt. Zutreffend an der Argumentation ist der nicht zu widerlegende Fakt, dass die Hälfte der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht hat. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Neben der Parteienverdrossenheit muss auch die Ablehnung der augenblicklichen Politik des Sozialabbaus

und der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von Unten nach Oben erwähnt werden. Eine Alternative zu dieser Politik bietet keine parlamentarische Partei. Selbst die sich als Wahlsiegerin feiernde PDS verliert dort WählerInnen, wo sie sich in der Regierungsverantwortung an der „Reformpolitik" beteiligt. Der höhere prozentuale Gewinn bei den Wahlen mag dann auch die Folge der geringen Wahlbeteiligung sein, der Gewinn an absoluten Stimmen zeigt aber, dass die Neonazis an Zustimmung in der Bundesrepublik dazu gewonnen haben. Die Annahme, dass der Protest gegen die herrschende Politik automatisch nach links tendiere, war schon in der Weimarer Republik falsch. Die Sieger der letzten Wahlen sind die Unionsparteien. Stimmenverluste der beiden großen Volksparteien kamen in erster Linie den Parteien zugute, die sozialpolitisch ein stärkeres neoliberales Profil aufweisen, vor allem den Grünen und der FDP.



Hinzu kommt, dass die höchsten Erfolge der Neonazis in CDU regierten Bundesländern erreicht wurden, in denen bekanntermaßen die staatlichen Mittel für antirassistische und antifaschistische Projekte zusammengestrichen wurden. Bei den Landtagswahlen in Thüringen konnten die Neonazis nicht ganz das Niveau der Stimmen bei der Europawahl erreichen; „Die Republikaner" bekamen hier 2,0% (Europawahl: 2,2) und die NPD 1,5% (Europawahl: 1,7). Beide Parteien haben allerdings gegenüber der letzten Landtagswahl ihre Ergebnisse erhöht. Die Differenz der Ergebnisse zwischen Landtags- und Europawahl in Thüringen und zwischen Kommunal- und Europawahl in Sachsen legt die Interpretation nahe, dass die Europawahl vor allem als Protestwahl zu verstehen ist. Wahlen zu Landes- und Kommunalparlamenten zeigen an, dass Neonazis in einigen Regionen und Kommunen z.B. in Sachsen, sich möglicherweise als ernst zu nehmende politische Kraft zu etablieren und das Potenzial der seit vielen Jahren von der Wissenschaft festgestellten Wählerschaft mit geschlossenem rechtsextremen Weltbild zu mobilisieren beginnen.

Militante Neonazis als brave Demokraten?

Unter den neonazistischen MandatsträgerInnen sind etliche Personen anzutreffen, die Kontakte zu der militanten Neonaziszene haben oder selbst als militant anzusehen sind. Der neue Dresdner Stadtrat Holger Apfel fungierte seit Ende der 1980er Jahre als Mittelsmann der „Jungen Nationaldemokraten" (JN) bzw. der NPD zu den militanten Nazikadern Worch und Wulff, der Stadtrat Jürgen Günz aus Riesa war beim Rudolf-Hess-Gedenkmarsch für eine funktionierende Infrastruktur mitverantwortlich. Das Engagement von Uwe Leichsenring aus Königstein beim Aufbau der inzwischen verbotenen „Skinheads Sächsische Schweiz" (SSS) ist hinlänglich bekannt. Es verwundert auch niemanden, dass unter den NPD-Kandidaturen für die Kommunalwahlen in Sachsen etliche Personen angeführt sind, die unmittelbar mit der SSS zu tun hatten wie beispielsweise Carmen Steglich und der 50-jährige Klempnermeister Michael Jacobi, in dessen Garage nach einem Bericht der „Dresdner Neueste Nachrichten" das LKA auch schon Waffen und Sprengstoff fand und der jetzt für die NPD im Gemeinderat Reinhardtsdorf-Schöna sitzt. Beim „nationalen Bündnis" in Dresden finden sich Anti-Antifa-Aktivisten wie Sven Hagendorf und Alexander Kleber, der einen Tag vor der Wahl die Gegenkundgebung zu einer Demo der Antifa aus Pirna angemeldet und durchgeführt hat, bei der zur Gewalt aufgerufen wurde. Im Landkreis Freiberg zog mit Sandro Kempe der Begründer der „Kameradschaft Norkus" in den Kreistag. Kempe spielt auch den „Hausmeister" für das avisierte „Deutsche Haus Erzgebirge" des ehemaligen NPD-Vorsitzenden und Holocaust-Leugners Günter Deckert, der nun aus dem Hintergrund auf die Kommunalpolitik in Freiberg Einfluss nehmen kann. Im mecklenburg-vorpommerschen Anklam erzielte mit Michael Andrejewski (NPD) der Mann mit 8% die zweit meisten Stimmen, der als stellvertretender Vorsitzender der „Hamburger Liste für Ausländerstopp" (HLA) im Vorfeld der Pogrome von Rostock-Lichtenhagen 1992 Flugblätter mit „Rostock bleibt deutsch" verteilte.

Was tun?

Die Reaktion auf die Wahlerfolge der Neonazis fällt unterschiedlich aus. Während der Oberbürgermeister von Pirna, Markus Ulbig (CDU), massiven Widerstand gegen die Neonazis ankündigt, legt die Oberbürgermeisterin aus Freiberg Dr. Uta Rensch (SPD) Wert auf die Feststellung, dass alle Parteien demokratisch gewählt seien und dementsprechend mit ihnen umgegangen werden muss. Der CDU-Kreisvize in Ostvorpommern, Herbert Kautz, will die NPD auf keinen Fall als Partner behandeln. Der dortige PDS-Kreisvorsitzende Lars Bergemann möchte zunächst alle demokratischen Gruppen zu einem Gespräch über den Umgang mit der NPD einladen, während der SPD-Kreisvorsitzende die NPD nicht per se ausgegrenzt wissen will. Der Bürgermeister von Reinhardtsdorf-Schöna, Arno Suddar (CDU), vertrat sogar die Auffassung, dass mit den neonazistischen Mandatsträgern besser zusammenzuarbeiten sei als mit den PDS-Mitgliedern.

Ignorieren, Tolerieren oder gar Zusammenarbeit mit den Neofaschisten dürften jedoch keine geeigneten Mittel sein, um möglichen weiteren Erfolgen der Neonazis bei kommenden Landtagswahlen z.B. im Saarland und in Sachsen im September vorzubeugen.

Neofaschisten einigen sich

Die neofaschistischen Parteien NPD und DVU haben sich geeinigt, bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen nicht gegeneinander anzutreten. In einer von den Vorsitzenden der Parteien Gerhard Frey (DVU) und Udo Voigt (NPD) unterzeichneten Erklärung wird als Ziel der Einzug in die beiden Länderparlamente im September diesen Jahres genannt. Dafür soll die DVU in Brandenburg und die NPD in Sachsen antreten. Mit der Begründung für die Vereinbarung, der angeblich „zunehmenden Überfremdung und der sozialen Verarmung der Deutschen", werden wohl auch die Inhalte der Wahlkampagne umrissen sein.

„Gemeinschaft durch Sport"

Mit Sport- und Freizeitangeboten erweitern NPD als auch örtliche „Freie Kameradschaften" die extrem rechte Lebenswelt.

Von Kay Bolick

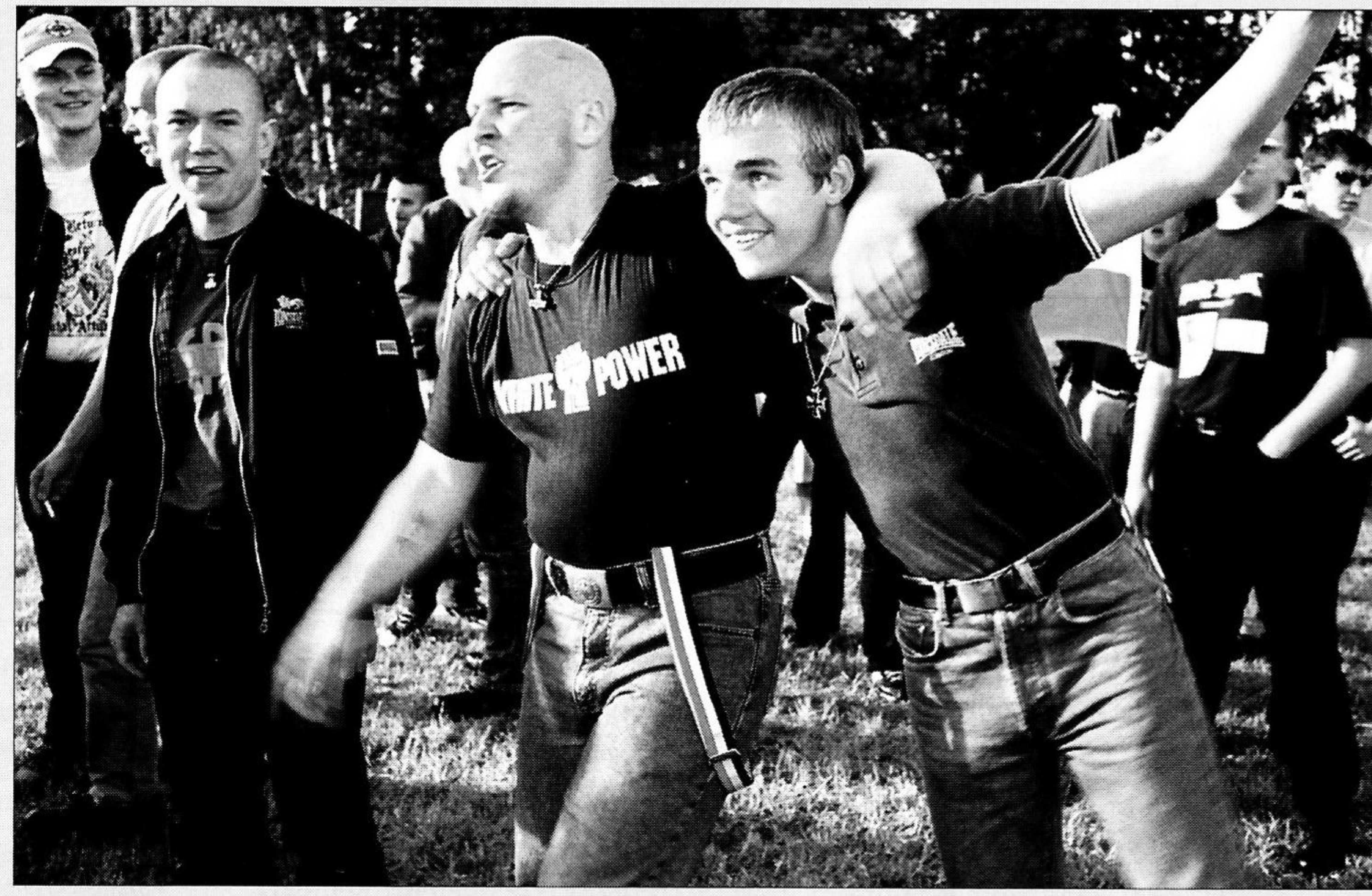
In den 1990ern Jahren organisierten in Norddeutschland, Brandenburg und auch Sachsen immer mal wieder neonazistische Skinheads Fußballturniere. Angelehnt an Thekenmannschaftsturniere zogen diese sportliche Wochenendvergnügen oftmals über hundert Sportive und Zuschauer an. Auch in Vorpommern gehört Sport mittlerweile zur rechten Freizeitgestaltung. Der vor sich hindümpelnde Kreisverband der NPD richtete dort im Oktober 2003 ein Volleyballturnier für „Deutschgesinnte" aus. Eine eigene „Abteilung Sport und Freizeit ASF" bildeten die Parteiaktiven extra für derartige Aktionen, um eine „willkommene Abwechslung im Vergleich zu Demo`s, Sitzungen, oder sonstigen szenetypischen Veranstaltungen" bieten zu können. Trotz guter Kontakte zur NPD blieben zum Bedauern der Veranstalter etliche „freie Nationalisten" dem Turnier unter dem Slogan „Gemeinschaft durch Sport" trotz Zusage fern.

Die Kameradschaften haben allerdings im äußersten Osten Mecklenburg-Vorpommerns ein eigenes verzweigtes Netzwerk, dessen Aktivitäten neben Demonstrationen gegen die Wehrmachtsausstellung, antisemitischer Hetze oder Aktionen gegen Flüchtlingsheime eben auch sportliche Events umfasst. Im September letzten Jahres luden die Neonazis nach Ueckermünde im Randow-Landkreis zum Fußball. Das gut besuchte Turnier schmückten Kameradschaften, wie die örtliche „National-Germanische Bruderschaft", mit eigenen Transparenten als rechte Bandenwerbung.

Ueckermünder Rechtsaußen-Kicker sollen auch das letzte Fußballturnier im nahe gelegenen Ducherow für sich entschieden haben. Am 9. Mai trafen sich dort etwa 70 Personen aus dem rechten Spektrum mit dem Segen der Gemeinde. Und das, obwohl Polizei und das Anklamer Bündnis „Bunt statt Braun" vorher öffentlich gewarnt hatten, dass sich hinter dem Veranstalter „Heimatbund Pommern" rechtsradikale Strukturen verbergen. Der Bürgermeister des Ortes überließ den sieben Mannschaften aus Ducherow und Umgebung den Sportplatz des Sportvereins gegen eine Kaution und sah sich zu mehr nicht in der Lage. Das ebenfalls ausgesprochene Uniformverbot ist bei einem Fußballturnier nicht nur völlig unsinnig – offenbar steht dahinter auch der Glaube, wenn nur nicht Nazi drauf steht, ist auch kein Nazi drin. Eine Haltung, die den Neonazi-Gruppierungen in der ländlichen Region entgegen kommt. Der „Heimatbund Pommern", eine „Gemeinschaft von nationalen Jugendlichen" bemüht sich mit unverfänglichen Aktionen, wie Wanderungen, Müllsammlungen oder Fußball um eine Normalisierung und Verankerung von Kameradschaftsstrukturen. In Ducherow offenbar erfolgreich.

„Der Fahnenträger" weiter auf Kurs

Entgegen der Ankündigung des „Der Fahnenträger aus Pommern", das Heft einzustellen bzw. ein neues Magazin mit neuem Namen herauszugeben, erschien im Frühjahr 2004 die zehnte Ausgabe des Heftes. Zu den ursprünglichen Plänen schreibt M. Kutschke im Editorial lapidar, dass die Mitteilung, das Heft einzustellen, „hiermit widerrufen" werde. Allerdings mag er nicht voraussagen, „inwiefern und in welcher Anzahl unser Kampfblatt für die volkssozialistische Bewegung in diesem Jahr veröffentlicht wird".



Neonazis beim ersten „Thüringentag" 2002 in Saalfeld

Thüringentag der „nationalen Jugend"

Zu dem von der NPD angemeldeten dritten „Thüringentag der nationalen Jugend", der unter dem Motto „Kapitalismus abschaffen, Globalisierung bekämpfen, für eine starke nationale Jugendkultur" stand, kamen am 29. Mai 2004 annähernd 250 junge und ältere Neonazis nach Saalfeld. Mobilisiert hatten für die Veranstaltung gleich eine ganze Reihe extrem rechter Gruppen und Parteien. Immerhin, die Veranstaltung gilt als Beweis des guten Zusammenspiels von NPD und „Freien Kameradschaften". Ursprünglich sollte das braune Spektakel auf dem Marktplatz stattfinden, doch scheiterte dies an der Initiative eines lokalen „Bündnisses gegen Rechts". Stattdessen mussten die Veranstalter auf einen etwa 300 Meter entfernten Parkplatz ausweichen. Eröffnet wurde die Veranstaltung vom Jenaer NPD-Kader Ralf Wohlleben. Es folgten Kurt Hoppe, Vorsitzender des Thüringer Landesverbandes der „Deutsche Partei" (DP), der „freie Nationalist" Michael Burkert aus Friedrichroda, Yvonne Mädel aus Meiningen, der kürzlich aus dem Gefängnis entlassene Eisenacher neonazistische Kader Patrick Wieschke, der NPD-Landesvorsitzende Frank Schwerdt und - laut Internetseite der NPD-Jena - „Kameradin Mareike" vom „Mädelring Thüringen". Das kulturelle Rahmenprogramm bestritten der österreichische Liedermacher „Aufrecht" auf der Gitarre, „Kamerad Conny" auf dem Akkordeon sowie die westfälische RechtsRock-Band „Bloodrevenge".

Neonazis foltern



Andre Reimbold (Mitte mit Zigarette) auf der NPD-Veranstaltung im September 2002 in Freiberg

Im Juli 2003 verurteilte die Jugendkammer des Chemnitzer Landgerichts Andre Reimbold (18), Jens Fischer (23) und Mike Moser (29) zu fünf Jahren und sieben Monaten Gefängnis. Die Vorsitzende Richterin, Simone Herberger, begründete ihr Urteil, das an der oberen Grenze liege, mit der äußersten Brutalität und Rohheit der Täter gegenüber den Opfern.

Von Karl Chemnitz

Alle drei Täter gehören zur militanten rechten Szene in Freiberg. Fischer und Reimbold nahmen an Aufmärschen „freier Kameradschaften" unter Führung des bekannten Neonazis Christian Worch in Leipzig teil und unterstützten die NPD auf einer Wahlkampfveranstaltung im September 2002. Nach dieser Veranstaltung waren 26 jugendliche AntifaschistInnen rechtswidrig festgenommen worden, weil sie die Neonazis, darunter auch zwei der verurteilten Folterer, daran hindern wollten, einen spontanen Aufmarsch durch Freibergs Straßen durchzuführen.

In der Nacht vom 22. zum 23. Dezember 2002 hatten die Neonazis einen Bekannten bestialisch gequält. Das Opfer trug dabei Nadel-Durchstiche an Ohr, Hand und Wade sowie eine Ellenbogenfraktur davon.

Wie an jedem Tag, hatten sich die Angeklagten auch am 22. Dezember zunächst dem Alkoholgenuss hingegeben. Weil Uwe S. die Freundin von einem der Täter „angemacht" haben soll, beschloss das Neonazi-Trio zusammen mit weiteren Gesinnungsgenossen und einer Frau Rache zu nehmen. Gemeinsam fuhren sie zu der Wohnung von Uwe S.. Dort hielten sich neben Uwe, sein Bruder Manuel und ein weiterer Bekannter auf. Als die drei ein Taxi vor ihrem Haus bemerkten und sahen, wer da ausstieg, verließen sie fluchtartig die Wohnung und versteckten sich auf dem Dachboden. Die weibliche Begleitung der Neonazis hatte allerdings das Licht in der Wohnung bemerkt und ihre Kameraden darauf aufmerksam gemacht. Man verschaffte sich Einlass in das fünfstöckige Wohnhaus und drang gewaltsam in die Wohnung von Uwe S. ein. Dabei wurde die Wohnungstür kurzerhand ausgehängt. Nachdem sie bemerkten, dass die Wohnung verlassen worden war, stürmten sie den Dachboden und trieben ihr späteres Opfer und einen weiteren Bekannten zurück in die Wohnung. Uwe S. konnte sich weiterhin auf dem Dachboden versteckt halten.

Mit dem Satz „dann nehmen wir eben den Bruder" begannen Fischer, Moser und Reimbold auf Manuel S. einzuschlagen. Mit einem Bierglas schlugen sie auf dessen Kopf. Bei einer Abwehrbewegung wurde dessen kleiner Finger aufgeschnitten. Nach weiteren Schlägen, wobei sich die Täter einen Wettkampf lieferten, ob man mit der Faust schneller zuschlagen als mit dem Fuß zutreten könne, begannen sie damit die Wohnungseinrichtung zu zerstören. Neonazi Fischer soll den Fernseher eingetreten haben. Danach wurde beschlossen, die Tortur in einer anderen Wohnung fortzuführen. Dem Opfer wurde das Blut abgewaschen und ein Handtuch um den Kopf gewickelt. Per Taxi fuhr man zusammen mit dem Verletzten in die andere Wohnung. Dort wurde Manuel S. ins Badezimmer gedrängt und aufgefordert, sich auszuziehen. Beim Versuch ihn in die Badewanne zu stoßen, zog er sich eine Ellenbogenfraktion zu. Manuel S. wurde mit warmem Wasser abgeduscht, musste sich wieder anziehen und in den Hausflur gehen, wo wieder auf ihn eingedroschen wurde. Einer in der Wohnung herumlaufenden Katze wurden die Pfoten zusammengebunden und dann wurde mit dem Tier auf Manuel S. eingeschlagen, was zu einer weiteren Platzwunde am Hinterkopf führte. Die Katze wurde schließlich umgebracht. Danach kamen die Täter auf die Idee, dem Opfer die Platzwunde am kleinen Finger zu nähen und besorgten sich Nadel und Faden aus der Wohnung. Aus Angst vor weiterer Peinigung bot Manuel S. an, seine Wunde selbst zu nähen. Inzwischen hatte Jens Fischer eine Stricknadel in der Wohnung gefunden, die er durch die Hand von Manuel S. stach. Die Neonazis durchstachen im Verlauf der Folterung dessen Ohr, die Waden und stießen die Stricknadel in den Oberschenkel ihres Opfers.

Am frühen Morgen, gegen fünf Uhr, fühlten sich die Täter müde. Manuel S. bat um einen Anruf bei einem Notarzt, weil er sonst zusammenbrechen würde. Anschließend schleppte er sich auf die Straße und dem heranfahrenden Notarztwagen entgegen.

Die nicht direkt an den Folterungen beteiligten Personen äußersten, dass sie dem Opfer nicht geholfen haben, weil sie selbst große Angst vor den Tätern gehabt hätten. Einem war sogar, bevor er vorsorglich in einem Raum eingeschlossen wurde, das Handy abgenommen worden. Vom Amtsgericht Freiberg wurde er im Juni 2004 vom Vorwurf der unterlassenen Hilfeleistung freigesprochen. Eine Freundin von Jens Fischer wurde in einem weiteren Verfahren im Mai verurteilt, weil sie die an dem Abend anwesende Frau zu einer Falschaussage zu Gunsten von Fischer nötigen wollte.

Russland: Antirassist ermordet

In St. Petersburg ist der antirassistische Wissenschaftler Nikolai Girenko am 19. Juni ermordet worden. Nachdem Unbekannte an der Tür geklingelt hatten, schossen sie sieben Mal durch die geschlossene Haustür und verletzten Girenko tödlich. Der 60-jährige Ethnologe, der als Gerichtsberater für rassistische Kriminalität arbeitete und Vorsitzender der „Kommission für die Rechte von Minderheiten" in St. Petersburg war, verfasste in der Vergangenheit u.a. eine Studie über die Skinhead-Gruppe „Schultz 88", die dunkelhäutige Menschen aus dem Kaukasus angegriffen hatte. Russische Bürgerrechtler vermuten, dass Girenko Opfer eines neonazistischen Auftragsmordes wurde. St. Petersburg wird neben Städten wie Woronesch und Krasnodar als Hochburg der russischen Neofaschisten angesehen.

„Kein schöner Land in dieser Zeit"

Zum Prozess gegen die „Skinheads Sächsische Schweiz"

Von Gunnar Schubert

Zum Schluss ging es offiziell nur noch um die im Jugendstrafrecht angemahnte Verfahrensökonomie. Die letzte Staffel gegen die „Skinheads Sächsische Schweiz" (SSS) vor der Staatsschutzkammer in Dresden ging nach knapp 20 Verhandlungstagen am 9. Juni zu Ende. Gegen Sven Haupt (Member SSS), Tino Karsch (Sprecher SSS-Aufbauorganisation Oberes Elbtal) und Frank Schröter (SSS) wurde das Verfahren nach Jugendgerichtsgesetz gegen Zahlung von je 1.000 Euro an einige der Nazi-Opfer vorläufig eingestellt. Bezüglich Dirk Schitzkat befand das Gericht lediglich eine geringe Schuld, die keine Sanktionen nach sich zieht. Von einer weiteren Verfolgung des André Fritzsche wurde bereits vorher im Hinblick auf einen noch anhängigen Prozess bezüglich eines Brandanschlages gegen Sinti und Roma im letzten Jahr nach §154 StPO („Mehrfachtäter") abgesehen. Lediglich das Verfahren gegen den seinerzeit bereits volljährigen Mario Männchen, der aber weder SSS-Mitglied noch Anwärter war, soll wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung fortgesetzt werden.

Mit der Kommunalwahl in Sachsen, bei der alle rechten Parteien jenseits der CDU massiv zulegen konnten, hat sich das als „Sächsische Schweiz" bezeichnete Elbsandsteingebirge als neue Hochburg der NPD etabliert. Auf vorderen Plätzen der Partei fanden sich mehrere Personen, deren Zusammenarbeit mit der SSS bekannt ist. Etwa deren Gründungsmitglied André Malheur. Oder in Reinhardtsdorf-Schöna, wo die NPD-Mitglieder Mario Viehrig und Michael Jacobi bislang für eine örtliche Wählervereinigung aktiv waren. Deren Wahlverlust konnte die nun offen auftretende NPD mit 25,2% für sich verbuchen. Der Erfolg kam so überraschend, dass aufgrund mangelnder Bewerber nur zwei der drei Sitze belegt werden können.

Die zu Beginn des ersten SSS-Prozesses zu beobachtende „Ruhe" im Landkreis Sächsische Schweiz ist seit längerem wieder in die ortsübliche „Normalität" übergegangen. Das Personal, wie André Fritzsche oder Dirk Schitzkat, ist dabei z.T. identisch. Eine neue Truppe sind die „Braunen Engel", die in Dresden einen geschichtsrevisionistischen Aufzug der antisemitischen „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" gegen den „Tag der Befreiung" am 8. Mai tatsächlich schlagkräftig abzusichern versuchten.

Folter in Frankfurt

Auf offener Straße wurde am Vormittag des 5.6.2004 in Frankfurt-Neuberesinchen ein 23-Jähriger von zwei Frauen und drei Männern zusammengeschlagen und anschließend mit einer Tüte über dem Kopf in ein Auto gezerrt. Die bereits seit Jahren der extrem rechten Szene zugehörigen TäterInnen entführten den mit Punks befreundeten Mann in eine Wohnung und folterten ihn dort eineinhalb Tage lang. Er erlitt u.a. schwerste Gesichtsverletzungen, wurde entkleidet und mit einem heißen Bügeleisen gequält sowie mit Stöcken und mit einer Klobürste vergewaltigt. Das Opfer wurde an der Entführungsstelle wieder abgesetzt. Aufgrund der Schmerzen musste der Mann von den Ärzten in ein künstliches Koma versetzt werden und konnte bisher nicht vollständig zu dem Fall befragt werden. Zwei der Täter, Daniel K. (20) und Ronny B. (28), wurden am 6.6. festgenommen. Kurz darauf wurden die beiden Täterinnen festgenommen, denen schwere Vergewaltigung vorgeworfen wird. Sie sitzen derzeit in der JVA Luckau ein. Obwohl die Staatsanwaltschaft insgesamt von 5 TäterInnen ausgeht, werden noch 2 Männer gesucht. Es sei möglich, dass diese sich nach Polen abgesetzt haben könnten.

„Aktion Schulhof"

Seit Monaten rufen die „Freien Nationalisten" im Internet zu Spenden auf, sie suchen Sponsoren für eine großangelegte Aktion: Ein Sampler mit diversen Neonazi-Bands und Liedermachern soll kostenlos an Schüler in der ganzen Bundesrepublik verteilt werden.

Nach internen Hinweisen von Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz soll der Sampler „mit Unterstützung von rechtsextremistischen Skinhead-Musikvertrieben, Bands, Kameradschaften und Einzelpersonen produziert werden". Als Drahtzieher gilt ein erfahrener Neonazi mit eigenem Produktionslabel, der seit Jahren versucht über den Musikbereich Geld für die „nationale Sache" zu gewinnen. Aus strafrechtlicher Sicht haben die Behörden gegen die rechte CD mit Bands wie „Stahlgewitter" aus Meppen und „Nordfront" aus Hannover keine Handhabe – die Texte wurden auf jugendgefährdende Inhalte geprüft, ohne Erfolg. Zuständige Behörden bestätigen, dass in den vergangenen Monaten von einer Auflage von 250.000 CDs ausgegangen wurde, es aktuell aber eher so aussieht, dass in den nächsten Wochen zunächst bis zu 50.000 CDs verteilt werden könnten.

Das „Projekt Schulhof" stösst in rechtsextremen Kreisen auf „großes Interesse", mit dem Vorhaben soll über das Medium Musik Zugang zu noch nicht gefestigten Schülern gewonnen werden. Schwerpunkt der Aktion könnte nach Insiderangaben zunächst in Niedersachsen liegen, dort verteilen Neonazis gezielt vor Schulen ihre Hetzpamphlete.

Obwohl Polizei und Verfassungsschutz das Ausmaß dieses Neonazi-Vorhabens sehr ernst nehmen, soll die Öffentlichkeit nicht informiert werden. Im Gegenteil, die Kultusministerien warnen ausschließlich Schulleiter und fordern: „Um die Aktionen der rechtsextremen Gruppen nicht zusätzlich aufzuwerten, raten wir von Öffentlichkeitsarbeit zunächst ab". Auf Nachfragen verweist das niedersächsische Kultusministerium dann auch abrupt an das Landeskriminalamt. Auch auf die Frage nach Präventionskonzepten – immerhin ist der Plan seit Monaten bekannt – wiegelt der Behördensprecher ab: „Dafür ist die Polizei zuständig!" Beratungsstellen und Initiativen gegen Rechts wurden nur in Ausnahmefällen informiert.

Haftstrafe wegen Nazi-Musik

Das Berliner Landgericht hat einen 47-jährigen Betonbauer wegen lautstarken Abspielens von gewaltverherrlichenden und rassistischen Texten der Naziband „Zillertaler Türkenjäger" zu einer Gefängnisstrafe von 18 Monaten verurteilt. Nachbarn hatten die menschenverachtenden Texte gehört und Anzeige erstattet.

Ehrenmal abgeschoben

Die CDU-Mehrheit der schleswig-holsteinischen Stadt Norderstedt hat im Juni beschlossen, ein Mahnmal für die Opfer der NS-Diktatur vom öffentlichen Marktplatz auf einen Friedhof zu verlegen. „Bei dieser Art der Vergangenheitsbewältigung wird nicht gegen, sondern für das Vergessen unserer eigenen Geschichte gearbeitet", kommentierte der kulturpolitische Sprecher der Norderstedter SPD-Fraktion, Christoph Mendel, den Ratsbeschluss.

Nazi-Satanisten

Prozess gegen neonazistische Black Metal'ler in Frankreich

Vor dem Strafgericht Toulon in Frankreich begann im Februar diesen Jahres der Prozess gegen sieben Neonazis aus dem Black-Metal-Underground. Angeklagt sind sie wegen Aufstachelung zum Rassenhass, Antisemitismus, Grabschändung und Vertrieb des neonazistischen Fanzines „W.O.T.A.N." im Zeitraum von 1996-98.

Von Ines Klein

Die Angeklagten sind seit Mitte der 1990er Jahre in der Underground-Szene des neonazistischen französischen Black Metal (BM) aktiv und verbreiten seitdem übelste antisemitische und neonazistische Propaganda mit satanistischen Vorzeichen. Im Rahmen des Prozesses wurde nun ihre Rolle öffentlich.



Laurent Franchet, heute bei „Seigneur Voland"

Der 31-jährige Hauptangeklagte Herve Guttuso ist zurzeit flüchtig. Er, der seit seinem 14. Lebensjahr Skinhead ist, gehörte zu den Gründungsmitgliedern der „Charlemagne Hammerskinhead" (CHS) und gab u.a. die beiden extrem rechten Skinhead-Fanzines „9eme croisade" und „Terreur d'Elite" heraus. Von seinem „Fluchtdomizil" England aus veröffentlichte er das Fanzine „W.O.T.A.N." („Will Of The Aryan Nation"). Beteiligt an dem Heft waren der heute 31-jährige Eric Monnier und der 30-jährige Cyril Dieupart, der bereits 1998 wegen Grabschändung verurteilt wurde. In den 1990er Jahren war Dieupart Schlagzeuger der bekannten BM-Band „Osculum Infame", spielte später bei „Kristallnacht" mit und ist heute Bandleader von „Chemin de Haine". Er gilt auch als Schlüsselfigur beim neonazistischen BM-Label „AMSG Productions" („Ad Majorem Satanae Gloriam"), das 1994 gegründet wurde und seit 1998 inaktiv ist. Zusammen mit Ronald Robin gab Dieupart um 1995 das neonazistische BM-Fanzine „Deo Occidi" heraus. Wegen Friedhofsschändung wurde 1996 bereits auch Anthony Mignoni verurteilt. Damals gehörte er zur neonazistischen BM-Band „Funeral", die noch im letzten November in Gera auftrat. 1999 gründete er die neonazistischen BM-Band „Seigneur Voland", bei der auch der Angeklagte Laurent Franchet mitspielt, der seinerzeit ebenfalls wegen Friedhofsschändung und Propagandadelikten verurteilt wurde. Dessen eigentliche BM-Band trägt den bezeichnenden Namen „Kristallnacht". Die Debut-CD der Band mit dem Titel „Warspirit" wurde 1999 auf dem Erfurter Label „Darker Than Black" von Hendrik und Ronald Möbus verlegt. Unter dem CD-Titel betreibt Franchet mittlerweile auch ein eigenes kleines Label, auf dem nur neonazistischer BM verlegt wird. Die anderen beiden angeklagten Brüder Christophe und David Magnoni spielten in der 1993 gegründeten neonazistischen BM-Band „Blessed in Sin".

Auf Linie – Zinnober

Im April 2004 erschien nun mehr die siebte Ausgabe des „Zinnober"-Magazins, dem Nachfolger der extrem rechten Darkwave-Postille „Sigill" aus Dresden. Herausgegeben wird das Magazin mittlerweile von Dominik Tischleder (Trier) und Thomas Michael (Halle a.d.S). Letzterer zeichnet sowohl verantwortlich für die Internetpräsenz des Magazins als auch für jene der „Sezession", dem Organ des „Instituts für Staatspolitik" (IfS). Angesichts dessen verwundert es auch nicht, dass Götz Kubitschek, neben Karl-Heinz Weissmann einer der beiden Leiter des IfS, im „Zinnober" schreiben darf. Er wendet sich dem Literaten Gottfried Benn zu. Passend, denn das Magazin benutzt die von Kritikern der extrem rechten Tendenzen in der Darkwave-Szene publizierten Charakterisierung „Ästhetische Mobilmachung" als Untertitel für sich. Wieder im Heft ist auch der Evola-Exeget und Liebhaber katholischen als auch muslimischen Fundamentalismus Martin Schwarz aus Wien. Neuer Autor aus der österreichischen Hauptstadt ist hingegen Albin Julius, der, „im Reich der Schwarzhemden", ein Interview mit „Zetazeroalfa" präsentiert. Musik der italienischen extrem rechten Rock-Band verlegte der Wiener bereits über sein Label „Hau Ruck". Neben einem ausführlichen Interview mit dem US-amerikanischen Industrialkünstler und Sozialdarwinisten Boyd Rice bietet die neue Ausgabe noch ein unkritisches Gespräch mit dem französischen Vordenker der „Neuen Rechten", Alain De Benoist, das Peter Bossdorf, seines Zeichens Autor der „Junge Freiheit", führte. In deren „Edition" erschien übrigens jüngst das neue Werk von Benoist: „Kritik der Menschenrechte".

Rückkehr des Unbegreiflichen

Unter diesem Titel erschien im Februar 2004 eine CD; als Interpret tritt „Die Lunikoff Verschwörung" auf. Schnell verbreitete sich in der rechten Szene, dass sich dahinter der im Dezember 2003 wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilte Michael Regener verbirgt. Regener, in der Szene nur „Lunikoff" genannt, wurde als Sänger der bekanntesten deutschen Rechts-Rock-Band „Landser" zu 3 Jahren und 4 Monaten Haft verurteilt. Eine Fortsetzung nahm die unbegreifliche Rückkehr des Sängers am 5. Juni, als dieser im Anschluss an eine neonazistische Schulungsveranstaltung zum Tanz aufspielte. Nach Angaben aus der rechten Szene spielten nach Reden der NPD-Aktivisten Eckart Bräuninger und Thorsten Heise „Lunikoff" und die Berliner Band „Spreegeschwader". Die Veranstaltung fand auf einem Gelände des ehemaligen NPD-Kreisvorsitzenden von Lichtenberg Albrecht Reither im Berliner Stadtteil Lichtenberg statt. Die Polizei erschien erst kurz vor dem geplanten Ende und löste das Nazitreffen auf.



Michael Regener vor dem Berliner Kammergericht im Juli 2003

D-Day - Geschichtspolitik und Patriotismus

Der 6. Juni 1944 ist ein zentrales Datum in der Geschichte der faschistischen Herrschaft über Europa. Er markiert den Beginn der militärischen Befreiung Frankreichs (La Libération), die im Aufstand von Paris seinen Höhepunkt fand.

Von Ulrich Schneider

Der 60. Jahrestag wurde in Frankreich, nicht allein in der Normandie, mit großem Aufwand vorbereitet. Ein nationales Komitee unter Beteiligung der Regierung, der Kriegsveteranen, der Widerstandskämpfer und Patrioten zeichnete verantwortlich für eine Vielzahl von Veranstaltungen. Aber nicht nur in Frankreich war dieses Datum relevant, bietet es doch Ansatzpunkte geschichtspolitischer Neudefinitionen der Erinnerung an Faschismus und Krieg.

Die bundesdeutschen Medien überschlugen sich in den letzten Wochen mit populärgeschichtlichen Beiträgen (u.a. „Die Befreiung" – Fünfteiler im ZDF), der Geschichtspapst Guido Knopp durfte nicht fehlen, vereinzelt kamen auch Widerstandskämpfer zu Wort, wie Peter Gingold oder Ernst Melis, die vom aktiven Beitrag deutscher Antifaschisten in der französischen Resistance berichteten. Die vorherrschende Linie dieser Darstellungen war jedoch, dass die Invasion in der Normandie als der entscheidende Wendepunkt in der Geschichte anzusehen sei.

In der Tat, ein Wendepunkt war es, war es doch – nach dem zögerlichen Vorrücken der alliierten Truppen in Italien – die tatsächliche Eröffnung der schon lange zugesagten „Zweiten Front". Bis zu diesem Zeitpunkt lag die militärische Last der Zurückdrängung der faschistischen Armeen in Europa allein auf den Schultern der Roten Armee. Die sowjetischen Truppen hatten vom Sommer 1943, der Schlacht im Kursker Bogen, bis zum Sommer 1944 die faschistischen Truppen weit über 1.000 Kilometer nach Westen zurückgedrängt. In diesen Monaten hatte die sowjetische Führung, zuletzt Stalin auf der Konferenz von Teheran vom November 1943, die westlichen Alliierten immer wieder gedrängt, einen eigenen effektiven Beitrag zur militärischen Zerschlagung des Faschismus zu leisten, damit die Truppenkonzentration im Osten beendet werden könnte. Doch erst die Erfolge der sowjetischen Truppen bei der Durchbrechung der Blockade von Leningrad, bei der Befreiung der Krim und als die sowjetischen Truppen nahe der polnischen Grenze standen, sah man sich genötigt zu handeln. Wer heute vom D-Day als zentralem Wendepunkt in der militärischen Zerschlagung des deutschen Faschismus spricht, vergisst oder verdrängt die tatsächliche Rolle der sowjetischen Armee.



D-Day-Gedenken als Touristenattraktion



Kriegsgräberfriedhof der US-Army in der Normandie

Die Feiern in der Normandie fanden unter großer internationaler Beteiligung statt. Der amerikanische Präsident Bush wurde nicht müde, wie schon anlässlich der Eröffnung der Gedenkstätte für die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges in Washington in diesen Tagen, aus der Rolle der USA in der Anti – Hitler - Koalition abzuleiten, dass man heute gegen die „Achse des Bösen" Krieg führen müsse. Wo sein ideologischer Bezugspunkt liegt, verdeutlichte er in Rom bei einem Treffen mit Berlusconi. Dort verglich er die gegenwärtige Situation mit dem Kampf gegen den Kommunismus nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals wie heute habe man vor der Wahl gestanden, nachzugeben oder den Kampf aufzunehmen. So wie man sich damals gegen den Kommunismus gestellt habe, müsse man sich heute gegen den Terrorismus stellen. Nicht antifaschistische Kooperation sondern Kalte-Kriegs-Mentalität prägen sein Denken und Handeln.

Doch auch in Frankreich war der amerikanische Anspruch nicht unhinterfragt. Linke, Organisationen ehemaliger Widerstandskämpfer und Globalisierungskritiker, insgesamt 30 Organisationen mobilisierten am 5.Juni unter der Losung „1944 gegen den deutschen Faschismus - 2004 gegen den Krieg im Irak" zu einer Demonstration.

Anlässlich der D-Day-Feierlichkeiten waren Staats- und Regierungschefs aus 17 Ländern nach Frankreich gereist. Zum ersten Mal hatte die französische Regierung mit Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) auch einen deutschen Regierungschef eingeladen. Die Einladung war bereits im Dezember 2003 ausgesprochen worden. Doch erst Tage vor dem eigentlichen Datum sahen sich einige politische Akteure der Rechten, die sich dem deutschen Patriotismus besonders verbunden fühlen, genötigt,

sich mittels BILD - Zeitung zu Gehör zu bringen.

Peter Ramsauer (CSU-MdB) meinte Schröder einen „Anti-Patriot“ nennen zu müssen, da „er an einem deutschen Soldatenfriedhof vorbeigeht, ohne einen Kranz niederzulegen“. Norbert Geis (CSU) empfahl gar Schröder, dem unsäglichen Beispiel von Helmut Kohl und Ronald Reagan in Bitburg aus dem Jahre 1984 zu folgen und in La Cambe bei Bayeux einen Kranz niederzulegen.

Joschka Fischer, der ja selber durch seinen geschichtsrevisionistischen „Auschwitz – Vergleich“ zur Legitimation des Bundeswehreinsatzes auf dem Balkan Erfahrungen in Geschichtspolitik hat, wies diese Forderung zurück. „Ganz offensichtlich solle hier die historische Geste des französischen Präsidenten und Volkes entwertet werden“. Er fügte hinzu, der Bundeskanzler ehre die deutschen Toten, aber „nicht die, die sich schwerste Verbrechen haben zu Schulden kommen lassen“. Auf dem Friedhof La Cambe liegen über 21.000 deutsche Soldaten, darunter mehr als 5.000 Soldaten der Waffen-SS und hohe Offiziere, die an dem Massaker der Waffen-SS in dem französischen Ort Oradour-sur-Glane am 10. Juni 1944 beteiligt waren.

Nun ließ BILD einige Promis zu Wort kommen, die als Voten für eine Kranzniederlegung in La Cambe gewertet wurden. Dass zu ihnen Walter Kempowski („finde ich sehr traurig“) und Peter Scholl-Latour, der jüngst erst für die extrem rechte „Junge Freiheit“ Werbung gemacht hat, („die dort bestatteten Angehörigen der Waffen-SS sollten ihn nicht hindern“) sowie Klaus Naumann als Bundeswehrgeneral und NATO-Kommandierender gehörten, überrascht nicht, dass aber auch Ralph Giordano sich kritisch gegenüber Schröders Haltung äußerte, verblüfft dann doch.

Schröder reagierte auf diese Anwürfe mit einer umfangreichen Kolumne in der BILD am Sonntag, in der er deutlich sozialdemokratische Geschichtspositionen unterstrich. Er bekräftigte die Aussagen von Richard von Weizsäcker zum 8.Mai 1985 von der Befreiung Deutschlands. „Es war ein Sieg über das Verbrecherregime, das sechs Millionen Juden ermordet hat und Hunderttausende Oppositionelle, Angehörige von Minderheiten oder überhaupt für „lebensunwürdig“ Befundene.“ Er erinnerte an das Verbrechen von Oradour und betonte: „Wir tragen Verantwortung vor unserer Geschichte und für unsere Geschichte.“

Dabei entwickelte er jedoch eine ganz eigene Geschichtsperspektive, indem er Deutschland – und gerade nicht die deutschen Antifaschisten – den eigentlichen Siegermächten zuordnet: „Heute können wir Deutsche dieses Datums erhobenen Hauptes gedenken. Der Sieg der Alliierten war kein Sieg über Deutschland, sondern ein Sieg für Deutschland.“ Die einzigen, die er davon ausnimmt, sind die Menschen „im Osten Deutschlands“, denen 40 Jahre ein „Wiederaufbau in Freiheit und Demokratie“ nicht möglich war.

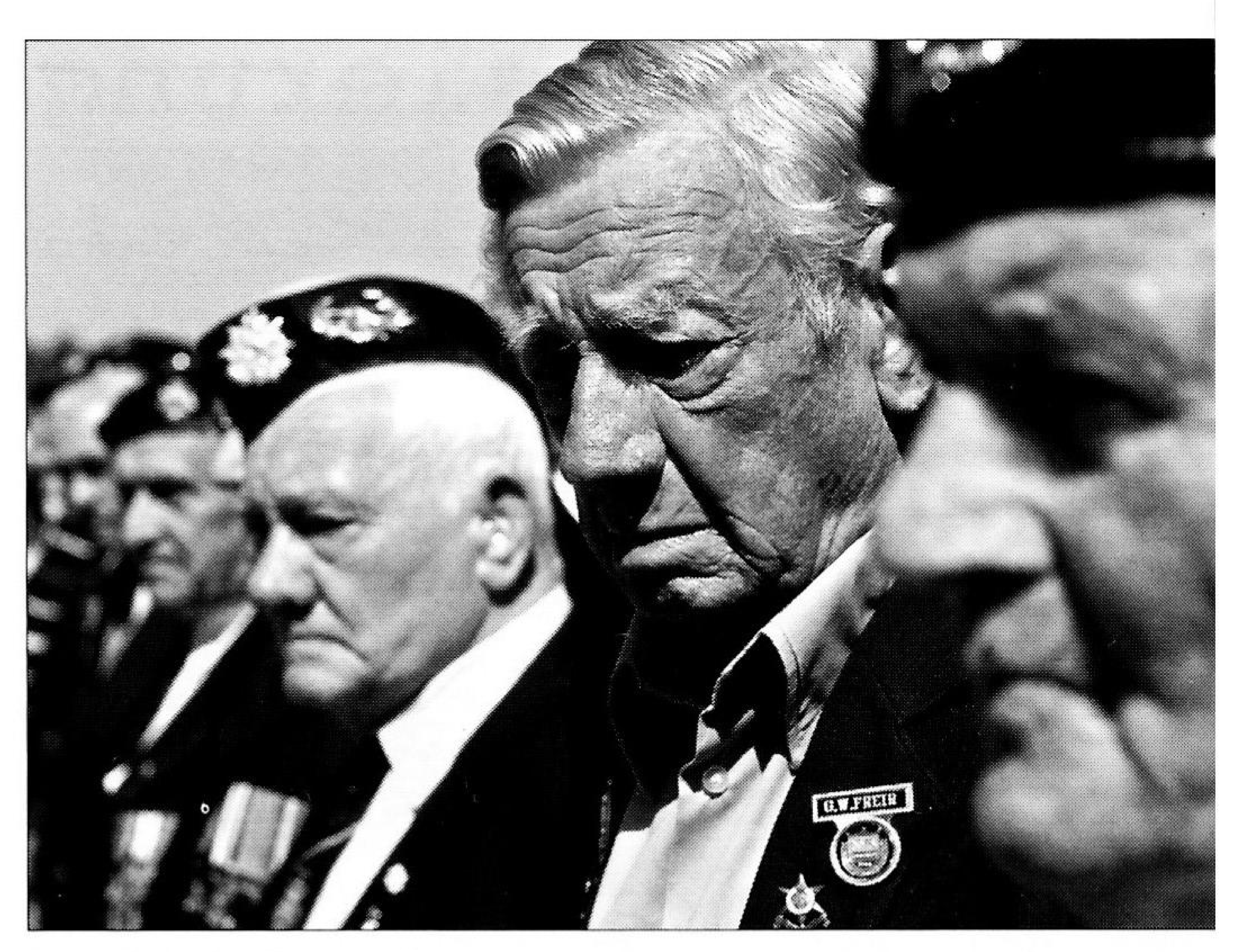
In der Tat stand – wie die „Junge Freiheit“ titelte – Schröders Geschichtsverständnis in der Normandie auf dem Prüfstand. Und es ist beruhigend, dass sich hier noch deutliche Unterschiede zu den Stellungnahmen der extremen Rechten offenbarten. Die kritische Berichterstattung der JF ließ erkennen, dass die ideologischen Vordenker der Rechten andere Perspektiven ins Zentrum gestellt sehen wollten. Mit ihrem umfangreichen Interview mit dem Geschichtsrevisionisten James Bacque, der die These von dem Massenmord an deutschen Kriegsgefangenen in den Rheinwiesenlagern wiederholte, zeigte sie, in welche Richtung sie die „Deutsche als Opfer“–Debatte lenken möchte.

Auch andere Naziorgane setzten sich mit dem D-Day auseinander. Das „Störtebeker“-Netz kritisierte nicht nur Schröders Teilnahme an den Feierlichkeiten, sondern auch die CSU, der sie Unglaubwürdigkeit vorwarf: „als ob die CSU den Patriotismus erfunden hätte“.

Für den unbelehrbaren Nazi hatte Gerhard Frey unter der Überschrift „Die eigene Niederlage feiern: Neue Demütigung für Deutschland“ eine Wiederauflage uralter Artikel bereit, in denen – basierend auf den Thesen des „berühmten englischen Historikers“ David Irving – die eigentlichen Verantwortlichen für den militärischen Sieg der Alliierten bei der Invasion am 6.Juni 1944 präsentiert werden:

Es waren dies Generalleutnant Hans Speidel, der damit seine Karriere als späterer Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte vorbereitete, und Lucie Rommel, die Ehefrau von Feldmarschall Rommel, die unbedingt als Geschenk zu ihrem Geburtstag am 6.Juni von ihrem Mann Schuhe aus Paris haben wollte. Als die deutschen militärischen Spitzen auf diese Weise abgelenkt waren, konnten die Invasionstruppen erfolgreich landen.

Wer diesen letzten Absatz für eine Satire gehalten haben mag, der irrt. So dümmlich sind die „kriegsgeschichtlichen Forschungen“ aus dem Hause Frey - nicht nur zu diesem Thema.



Französische Kriegsveteranen

„Es gibt jetzt Krieg“

Vor dem Kölner Landgericht hat der Prozeß gegen den ehemaligen Rhodesien-Söldner Thomas Adolf (45) begonnen, der im Oktober 2003 drei Menschen in Overath erschossen hatte. Vor Gericht macht Adolfs aus seiner Nazi-Gesinnung keinen Hehl. Der ehemalige Ratskandidat der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ in Köln unterhielt in Overath und in Geilenkirchen, wo er zuletzt wohnte, Kontakte zu Neonazis, wie z.B. zur „Sauerländer Aktionsfront“ und zur „Gabber“-Szene. Bis 1998 beobachtete ihn der „Verfassungsschutz“. Vor Gericht rechtfertigt Adolfs seine persönliche Abrechnung mit dem Overather Anwalt, der Mietrückstände bei ihm eingetrieben hatte, als Beginn einer geplanten „Anschlagserie“, bei der es darum gegangen sei, „Hochverräter“ zu „exekutieren.“ Die „39. SS-Division Götterdämmerung“ habe eine „Todesliste“ aufgestellt, auf der neben Juristen auch Journalisten, Schriftsteller, Politiker und Staatsschützer gestanden haben sollen. Fakt ist jedenfalls, dass Adolfs nicht allein war mit seiner Nazi-Gesinnung. Mit „Kameraden“ habe man sich in Köln-Ehrenfeld getroffen, bestätigte auch die mitangeklagte Ex-Freundin. Wehrsportübungen seien in einem Bunker im Siebengebirge durchgeführt worden. Dabei habe, so Adolfs, ein Offizier der Schweizer Armee die Gruppe im Häuserkampf und im Umgang mit Sprengstoff geschult. Auch ein Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes soll der Gruppe angehört haben. Man sei auch zu Treffen anderer Neonazi-Gruppen im Bundesgebiet gefahren, sagte die Ex-Freundin von Adolfs aus. Eine Aufklärung der Verstrickung Adolfs und seiner Gruppe im neofaschistischen Netzwerk wäre jetzt jedenfalls dringend angebracht!

Europäisierung der „Sudetenfrage“



Vertriebenenproteste am Rande der Feierlichkeiten zum EU-Beitritt der neuen Länder in Düsseldorf am 1. Mai 2004

Die „Vertriebenen“-Verbände und die EU-Osterweiterung

„Unsere Arbeit fängt erst richtig an“, verkündete Bernd Posselt, Vorsitzender der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, kürzlich nach seiner Wiederwahl zum Präsidenten der „Paneuropa-Union Deutschland“. Die EU ist am 1. Mai in Richtung Osten expandiert, mehrere Herkunftsstaaten der „Vertriebenen“ gehören ihr nun an. Das hat Folgen.

Von Annelies Senf und Jörg Kronauer

„Nach wie vor gibt es in vier Ländern Vertreibungs- und Entrechtungsgesetze, die ihre Wirkung bis zum heutigen Tage entfalten“, beschwert sich das Präsidium des „Bund der Vertriebenen“ BdV in einer Pressemitteilung über die Beneš-Dekrete (Tschechien, Slowakei), die AVNOJ-Gesetze (Slowenien) und die Bierut-Dekrete (Polen). „Diese Gesetze widersprechen den Menschenrechten, dem Völkerrecht und den Kriterien von Kopenhagen“, behauptet der BdV und fordert Konsequenzen: „Wir appellieren an das Europäische Parlament und die Europäische Kommission, strikt auf die Umsetzung des europäischen Vertragsrechts durch die neuen Mitglieder zu achten.“

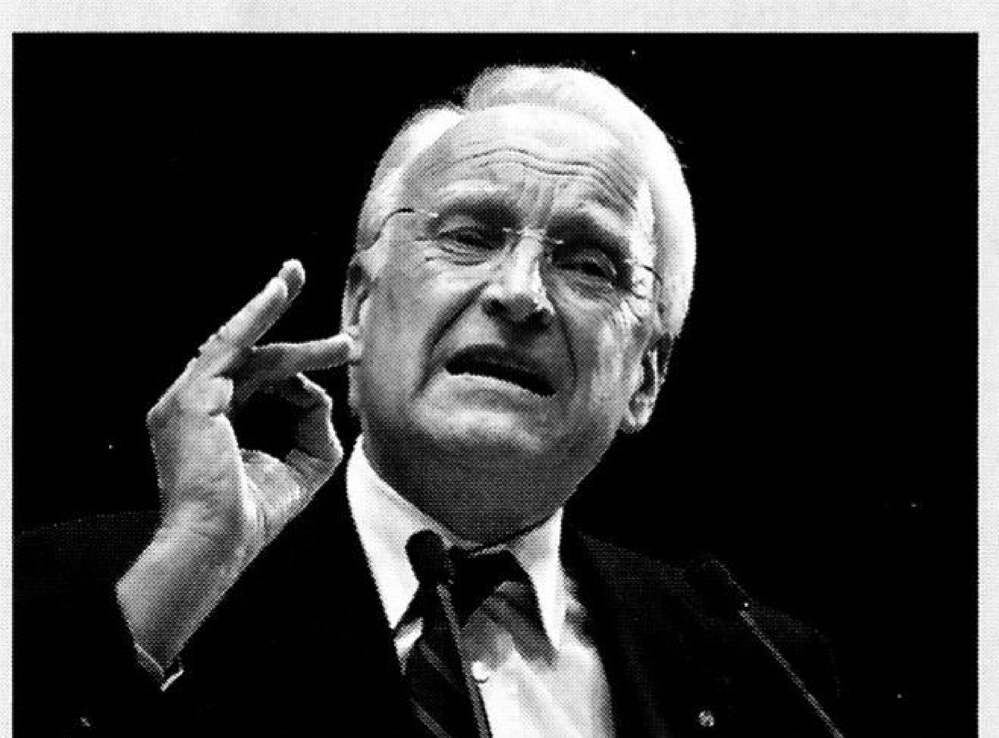
Auch die SL erneuert in ihrem „Willkommensgruß“ ganz selbstbewusst und deutlich die Aufforderung nach der Aufhebung der Beneš-Dekrete. In ihrem Affront berufen BdV und „Sudetendeutsche Landsmannschaft“ SL („Mit Europa gegen die Dekrete“)

„Deutschland, Deutschland über alles“

Am 23. Mai 2004 hielt die „Kameradschaft Freikorps - Bund Oberland“ in Schliersee (Oberbayern) zum 83. Mal die sogenannte Annaberg-Gedenkfeier ab. Der rechten Gedenkveranstaltung wohnten unter anderem Mitglieder der „Landsmannschaft Oberschlesien“, des „Schlesier Verein München“, der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ sowie Burschenschafter bei. Nach einem Gottesdienst mit Fahnenweihe in der Pfarrkirche zogen die rund 150 Besucher zur St. Georgs Kapelle auf dem Weinberg. Vor der Gedenktafel, die in die Kapellenmauer eingelassen ist, legten sie Kränze zum Gedenken an die 1921 in Oberschlesien beim Kampf um den Annaberg gefallenen „Helden“ nieder und sangen u.a. alle drei Strophen des „Deutschland-Liedes“. Das rechte Treiben scheint im Landkreis Miesbach keinen zu stören. Ganz im Gegenteil wird bereitwillig die katholische Pfarrkirche zur Verfügung gestellt und die Gemeinde Schliersee wirbt auf den offiziellen Veranstaltungsplakaten für die „Gedenkstunde“.

„Sudetendeutscher Tag“ 2004

Zum 55. Mal versammelten sich dieses Jahr unter dem Motto „Menschenrechte achten – Vertreibung ächten“ rund 50.000 sog. Sudetendeutsche vom 28. bis 30. Mai 2004 in Nürnberg. Neben einer Kranzniederlegung am „Vertriebenen“-Denkmal in der Nürnberger Innenstadt, kulturellen Aufführungen, Diskussionsveranstaltungen, der sogenannten Hauptkundgebung wurden auch in diesem Jahr wieder Preise verliehen. Der „Große Sudetendeutsche Kulturpreis“ ging an Peter Glotz (SPD) u.a. für seinen Einsatz für das „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin. Den „Europäischen Karlspreis“ erhielt Prof. Dr. Christoph Pan, Leiter des „Südtiroler Volksgruppeninstituts“ in Bozen. Pan ist Mitglied des Beirates der „Stiftung gegen Vertreibungen“ in Berlin und hatte ein Gutachten zu den „Beneš-Dekreten“ veröffentlicht. Als Schirmherr des „Sudetendeutschen Tages“ kündigte der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber an, den Druck auf die tschechischen Regierung bezüglich der Beneš-Dekrete erhöhen und dabei die neuen Möglichkeiten im Rahmen des Europäischen Parlaments voll ausnutzen zu wollen.



Edmund Stoiber

Urteil Lesser vs. Steinbach

Die Journalistin Gabriele Lesser darf weiterhin behaupten, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Holocaust-Mahnmal in Berlin und dem geplanten „Zentrum gegen Vertreibungen“ gibt, entschied das Hamburger Landgericht und wies damit die Klage der Vorsitzenden des „Bund der Vertriebenen“ (BDV), Erika Steinbach, zurück (siehe DRR Nr. 88). Lesser darf jedoch zukünftig nicht mehr behaupten, Steinbach habe vor einigen Jahren erklärt, heutzutage müsse man keine Bomber mehr nach Polen schicken, um den Polen klar zumachen, was „westliche Werte“ seien.

sich auf die „europäische Werteordnung“, die u.a. in den so genannten Kopenhagener Kriterien festgeschrieben wurde. Ihre Erfüllung war Voraussetzung für den EU-Beitritt. Die Beneš-Dekrete und die Umsiedlung der Sudetendeutschen aus ihrer „Heimat“ widersprächen der darin festgesetzten Achtung und dem Schutz von Minderheiten, heißt es bei der SL. Sie seien jetzt ein „europäisches Problem“, bekräftigte der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber jüngst beim Sudetendeutschen Tag: Demzufolge müsse jetzt die EU gegen die Beneš-Dekrete vorgehen.

Ausgeklammert bleibt nach wie vor die Vorgeschichte der Dekrete. Erinnert sei an die zentrale Funktion der Sudetendeutschen bei der Errichtung und Durchführung der NS-Terrorherrschaft in der 1938/39 zerschlagenen CSR. Der Mustergau Sudetenland zeichnete sich unter anderem durch die höchste Organisationsdichte der NSDAP im Deutschen Reich aus - mit 17,34% (1942) der erwachsenen Bevölkerung. Auch die Vorgeschichte der Zerschlagung der CSR bietet nach wie vor aufschlussreiche Aspekte. Die Wehrmacht marschierte in das Nachbarland ein, nachdem es den „Sudetendeutschen“ gelungen war, ihre Anschlussbestrebungen zu „internationalisieren“, sie zu einem Thema nicht der bilateralen, sondern der europäischen Politik zu machen. Das Münchner Diktat vom 29. September 1938 war nur der Schlusspunkt dieser Strategie der „Europäisierung“, die die tschechische Regierung heute nicht umsonst um jeden Preis verhindern will.

„Begründet im Besten, vergehen im Anderen“

Biochemischer Code der Intelligenz

Die Genetik der Intelligenz beschäftigt Volkmar Weiss nicht nur in seinen akademischen Studien. Auch in seinen literarischen Fiktionen setzt sich der Leipziger Genetiker und Genealoge mit der vermeintlichen „Vererbung psychischer und insbesondere intellektueller Eigenschaften“ auseinander. Treibt den Leiter der „Deutschen Zentralstelle für Genealogie“ doch die Sorge vor der „Verdummung“ des deutschen Volkes umher.

Von Andreas Speit

„Sicher glauben die meisten Politiker, daß sie die Welt bewegen“, überlegt der literarische Protagonist Herbert in Weiss Science-fiction-Roman „Der Clan aus Geld und Genen. Ein erster Bericht aus dem Reich Artam“. Ein Irrglaube, meint der fiktive junge Humangenetiker, denn allein die „Naturwissenschaftler und Erfinder“ würden die Welt „nachhaltig verändern“. In der 2003 erschienenen utopischen Erzählung versucht so auch die Forschungsgruppe „Allgemeine Theorie der Hauptgene“ die „Evolution (zu) beschleunig(en)“ und den „Menschen mit dem IQ (Intelligenzquotienten) 200 zu schaffen“, um zu verhindern, dass die Menschheit „in den sozialen Kämpfen der Geschichte untergehe“. Allein die Frage, ob man „den anderen das Lebensrecht“ absprechen dürfte, verunsichert Herbert. Der ältere Leiter der Forschungsgruppe kann jedoch die Bedenken schnell ausräumen: „Es geschieht, was geschehen muß“, weiß er und der Jüngere erinnert: „Die naturwissenschaftlichen Tatsachen und Einsichten haben wir auf unserer Seite. Die anderen haben stattdessen Phantome und Utopien“. Sinngemäß gibt der Schüler wieder, was der Meister ihm beibrachte: „Die Linksaußen wissen, wer ihr konsequentester Gegner ist [...]. Weil wir eben nachweisen, daß die Menschen ungleich sind. Und was biologisch ungleich ist, ist eben zwangsläufig auch sozial ungleich“.

In der literarischen Fiktion popularisiert Weiss seine akademischen Thesen und politischen Positionen. Schon in seiner 1972 vorgelegten Dissertation untersuchte der ehemalige DDR-Bürger die Vererbung der mathematisch-technischen Hochbegabung. Die Staatssicherheit, sagt Weiss, hätte eine Veröffentlichung der „wichtigsten Daten“ nur auszugsweise in Fachzeitungen zugelassen. Auch die Monographie „Psychogenetik: Humangenetik in Psychologie und Psychiatrie“ konnte er wegen Kritik der DDR-Wissenschaft erst 1982 veröffentlichen. Das Kapitel zur „Genetik der Begabung und der normalen Intelligenz“ führte aber nicht nur zu nationalen Reaktionen. Es löste sogleich internationale Debatten aus. Gerade die soziobiologisch ausgerichteten Humangenetiker und Psychologen wie Siegfried Lehrl und Hans Jürgen Eysenck griffen Weiss Thesen wohlwollend auf. Dieser fühlte sich nicht missinterpretiert. 1993 nahm er auf Fürsprache der populärsten Intelligenzforscher der Soziobiologie Arthur R. Jensen und Eysenck den Fellowship Award des „Centre for Advanced study in the Behavioral Sciences“ in Stanford an.

Mehr als 150 Arbeiten will Weiss zur Genetik der Intelligenz und zur Genealogie verfasst haben. Doch alle Studien zur Intelligenz des umtriebigen Forschers verfolgen nur eine Intention: den Existenzbeweis der biochemischen Disposition der Intelligenz.

„Wo es Hauptgene gibt“, argumentiert Weiss, gebe es auch einen zugrundeliegenden biochemischen Code. Nicht nur, dass er seine These, wie gängig bei Intelligenzforschern soziobiologischer Provenienz, gleich als Fakt postuliert, er impliziert sogleich deren übliche Korrelationsargumentationen. So korreliert er in seinen Studien immer wieder die zuvor erhobenen vermeintlichen Daten der Probanden, inklusive derer der Familien, von Intelligenztests über Genotypen bis zum Berufstand, um die Erblichkeit von Intelligenz zu belegen. „Nehmen wir an, dass die Spitzen IQ-Berufsgruppe [...] homozygot (gleiche Erbanlagen) wäre, also Genotyp M1M1, die ungelernten Arbeiter wären M2M2, die mit einem IQ-Mittel um 110 wären M1M2.“ Da mit einer Fehlklassifizierung gerechnet werden müßte, könnten Ehen von zwei Genotypen M1M1 dennoch neue Genotypen mit einem Mindest-IQ von 119 garantieren. Denn die „Mittelwerte der kumulierten Prozente [...] korrespondieren mit den folgenden durchschnittlichen IQ: M2M2 IQ 94; M1M2 IQ 112; M1M1 IQ 130“. Aus der Hypothese wird durch diese statistisch-methodische Operation ein

Faktum. Dabei findet Weiss in dem Datengemenge, das noch auf seine Erhebung zwischen 1963 bis 1971 bei der „Olympiade Junger Mathematiker“ in der DDR zurückgeht, nur, was er auch sucht. Die permanente Korrelation von vermeintlichen Daten suggeriert eine angebliche Kausalität, die nicht verifiziert wird. Hätte Weis andere Daten, wie über die soziale Situation oder Ernährung mit den IQ-Fakten korreliert, würden andere Interpretationen möglich.

Ganz im Trend der Zeit schlägt Weiss 2003 vor, die „Effektivität des Hirnstoffwechsels“ genauer zu untersuchen, da die „Unterschiede zwischen IQ 90 und IQ 130 [...] nicht auf anatomische Unterschiede [...], sondern auf Unterschiede des Brennwertes (den Enzymvarianten)“ beruhen würden. Auch diese Idee folgt einzig der Überlegung, Daten aus psychometrischen Studien mit Daten aus biometrischen Tests statistisch aufeinander zu beziehen, um vermeintliche Fakten von der Genetik der individuellen und kollektiven Intelligenzdispositionen zu schaffen. Trotz dieses methodischen Problems postuliert Weiss, ganz wie Eysenck und Jensen, dass die Intelligenz mindestens zu 80 Prozent erblich sei.

Nach dieser Logik diskutiert Weiss in seiner 2000 im rechtslastigen „Leopold Stocker Verlag“ erschienen Publikation „Die IQ-Falle, Intelligenz, Sozialstruktur und Politik“ die genetische Intelligenz bei „Juden“, „Chinesen“, „Negern“, „Zigeunern“, „Türken“ und „Frauen“. „Zweifellos sind die Unterschiede zwischen Einzelpersonen viel größer, als die Unterschiede zwischen Gruppen“, räumt Weiss ein. Aber in der „Masse“ sei „der Neger“, „Türke“ und „Zigeuner“ dümmer als „der Weiße“. Alleine die „Juden“ und „Chinesen“ wiesen andere Daten auf. Der „überdurchschnittliche hohe IQ der Juden (115)“ sei der selektierenden Genetik „der Juden“ geschuldet, meint Weiss, die über „Jahrhunderte hinweg eine gezielte und erfolgreiche Familien- und Bildungspolitik“ betreiben würden. Die damit einher gehende „jüdische Präsenz vor 1932 in Bank-, Bekleidungs- und Anwaltswesen“, mahnt Weiss, müsse bei der „systematischen Judenvernichtung“ mitbedacht werden. „Die Juden des Orients“, wie Weiss „die Chinesen“ wegen ihrer ökonomischen Erfolge nennt, würden eine „ähnliche Auslese“ durchführen. Allerdings sei der „mittlere IQ von deutlichen über 100“ „der Chinesen“ nur durch Untersuchungen bei „Emigranten und Großstadtmenschen“ erhoben worden.

Solch sensible Interpretationen von Daten unterlässt Weiss in der Publikation, wenn er die „Demographie der Intelligenz“ in der Bundesrepublik darlegt. Nach der PISA-Studie, führt Weiss aus, würden „fast 50% der Jugendlichen aus Zuwanderungsfamilien im Lesen nicht die elementare Kompetenzstufe“ erreichen. Die Zahlen zu der Zuwanderung schlüsselt er weiter auf und stellt fest, „daß der mittlere IQ der Zuwanderer aus der Türkei nur bei 85 liege“. Allen Integrationsbemühungen zum Trotz wäre die Entwicklung rückläufig. Statt die Ursachen in den sozialen Bedingungen zu suchen, warnt er vor der Entwicklung einer türkischen „neuen Unterklasse mit geringem IQ“. Vor allem auch, weil zugleich eine deutsche Elite mit hohem IQ verschwinde. Während die Ungebildeten mehr und mehr Kinder bekämen, würden die Gebildeten kaum noch welche zeugen. ‚Karriere statt Kinder‘ hieße die Lebensplanung der deutschen Akademikerinnen, die auch „hohe Konsumansprüche“ hätten. Dieses Missverhältnis der Geburtenfreudigkeit bei den ‚ungebildeten Türken‘ und den ‚gebildeten Frauen‘ wird Weiss nicht müde zu beklagen. Insbesondere die „jungen Umwerter, die 1968 Studenten waren“ und heute die „Terminologie zur Intelligenz“ bestimmen würden, verhinderten die Kurskorrektur in der Bildungs-, Familien- und Einwanderungspolitik. Die Auffassung, dass es völlig gleich sei, wer die Kinder bekäme, ginge von der Annahme aus, dass es keine Gene gebe, die Intelligenz und Sozialverhalten bestimmten, wiederholt Weiss warnend - und fordert mahnend, dass deutsche Frauen mit einem hohen IQ alle staatlichen Anreize für ein mögliches Kind angeboten bekommen sollten. Während für „Ehen, in denen beide Partner nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben und beide aus EU-Nicht-Mitgliedsländern stammen [...] keine deutsche Kindergeldunterstützung“ gewährt werden sollte.

Solche Argumentationen forcierten schon bei Eysenck und Jensen einen Kurs ins extrem rechte Milieu. Diesem Trend der Soziobiologen folgt Weiss mit seinem politischem Engagement. In seiner Heimatstadt gründete der Leipziger 1990 die „Deutsche Soziale Union“, die er 1993 verließ. Regelmäßig tritt der staatlich besoldete Forscher indes bei der Extremen Rechten als Bildungsexperte und Intelligenzforscher auf. Gerne dürften die Gäste einer Tagung der „Gesellschaft für freie Publizistik“ seine Forderungen gehört, und nicht minder erfreut dürften die Leser der „Jungen Freiheit“ sie gelesen haben. Über den „Bevölkerungswandel“ sprach Weiss Anfang März im Haus der „Burschenschaft Normannia-Nibelungen zu Bielefeld“.

Ob der Forschergruppe des guten Clans in Weiss Science-fiction-Roman die Rettung der Welt vor der Kampfgruppe der „rote Hand“ durch die IQ-Optimierung gelingt, bleibt offen. Nach dem „ersten Bericht aus dem Reich Artam“, folgte bisher kein Zweiter. Offen läßt er auch, inwieweit der Name eine Anspielung auf den 1927 gegründeten „Bund Artam“ ist. Der germanisch-völkische Bund der „Artamanen“ (Kunstwort aus den althochdeutschen Vokabeln „art“ - Ackerbau - und „manen“ - Männer), welcher die Besinnung auf Blut und Boden verkündete, ging 1933 in der NSDAP auf. Das sakrosankte Motto des Clans würde passen: „Begründet im Besten, leben im Besten, vergehen im Anderen“.

CDU-Fraktions-Chef bei SS-Treffen

Der CDU-Fraktionsvorsitzende und frühere Bürgermeister von Spremberg, Egon Wochatz, hat am 60. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie an einem Treffen ehemaliger SS-Angehöriger „wie in jedem Jahr“ teilgenommen. Bereits vor sechs Jahren hatte es in Spremberg Diskussionen gegeben, als Wochatz - damals Bürgermeister - ohne Wissen der Stadtverordneten Gespräche mit Vertretern der SS-Kameradschaft zur Aufstellung eines Gedenksteins geführt hatte.

Als 1999 in Guben der Algerier Farid Guendoul auf der Flucht vor rassistischen Schlägern durch eine Glastür sprang und verblutete, fragte der damalige Spremberger Bürgermeister: „Was hatte der nachts auf der Straße zu suchen?“ Für die Bemerkung, dass ein Ausländer, „der hier mit einer verheirateten Frau anbandelt“, damit rechnen müsse, „Ärger zu bekommen“, verlieh der Brandenburger Flüchtlingsrat Wochatz einen „Denkzettel“. Der aber meint immer noch, er habe sich nichts vorzuwerfen: „Es stimmt doch, wäre der im Heim geblieben, wäre ihm nichts passiert.“

Konsequenzen wird die Teilnahme am SS-Treffen für den heute 67-jährigen Egon Wochatz nicht haben. Er wurde zwar vom CDU-Kreisvorstand gerügt, den Fraktionsvorsitz behält er aber trotz öffentlicher Kritik vorerst weiter inne. Neben Wochatz hat nach Informationen der „Lausitzer Rundschau“ auch der für die kommende Landtagswahl nominierte CDU-Kandidat von Spremberg, Andreas Kottwitz, jahrelang Kontakt zu ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS gepflegt. 1993 hatte er ein Buch mit dem Titel „Spremberg ist Frontstadt“ veröffentlicht, für das Wochatz das Vorwort beisteuerte und in dem kommentarlos der als Kriegsverbrecher verurteilte ehemalige NS-Finanzminister Graf Schwerin von Krosigk zitiert wird. In dem Buch werden Interviews mit ehemaligen SS-Leuten abgedruckt und der von Hitler persönlich zum General beförderte Otto Ernst Remer vorgestellt.

„...wir wollen frei von Hitler sein!“

Eine Ausstellung in Köln beleuchtet unangepasste Jugendliche während des „Dritten Reiches“

Köln im November 1944: In den Trümmern der Großstadt werden dreizehn Menschen öffentlich gehängt. Unter den Opfern sind geflüchtete Zwangsarbeiter, Deserteure und - jugendliche Edelweißpiraten, Angehörige einer oppositionellen Jugendgruppe. Der jüngste unter ihnen, Bartholomäus Schink, ist zum Zeitpunkt seines Todes gerade sechzehn Jahre alt.

Von Alexandra Kornblum

Wer von unangepasstem Jugendverhalten im „Dritten Reich“ in Köln spricht, meint in erster Hinsicht jene Kölner Edelweißpiratengruppe, die 1944 zerschlagen wurde. Dass es jedoch in Köln wie in allen anderen Städten in der Zeit von 1933 bis 1945 eine große, unüberschaubare Bandbreite von oppositionellem Jugendverhalten gegeben hat, zeigt nun eine Ausstellung im Kölner EL-DE-Haus, einem Museum in der ehemaligen Kölner Gestapo-Zentrale. Von bündischen, oft auch rechtsgerichteten Jugendlichen in der Anfangszeit des NS-Regimes über konfessionelle Gruppen, die nach und nach zerschlagen wurden, reicht die Ausstellung bis in die Kriegsjahre. Gerade ab den späten 1930er Jahren trafen sich größtenteils Jugendliche aus der Arbeiterschicht in Gruppen, die sich „Navajos“ oder „Edelweißpiraten“ nannten. Während des Krieges, als viele von den Älteren an die Front eingezogen waren, rückten Jüngere nach.



Waren organisierte politische Gruppen bald von den Nazis zerschlagen worden, existierten Gruppen und Cliquen von unangepassten Jugendlichen bis zum Ende des Regimes. Man traf sich in Parks, auf Plätzen oder in Wohnungen, unternahm am Wochenende Ausflüge in die nähere Umgebung. Was das NS-Regime den Jugendlichen verwehrte, holten sie sich selbst: Selbstbestimmte Freizeit jenseits von HJ-Übungen und BdM-Bastelabenden, einen eigenen Kleidungsstil, die sog. „Kluft“, die an bündische Traditionen angelegt war und ein eigenes Liedgut. Jungen und Mädchen hatten hier zudem die seltene Gelegenheit, überhaupt miteinander in Kontakt zu kommen. Das schien äußerst attraktiv gewesen zu sein: Man nimmt an, dass sich in Köln mehrere tausend Jugendliche innerhalb oder im Umfeld von unangepassten Gruppen bewegt haben.

HJ und Gestapo waren die beiden zentralen Verfolgungsinstanzen, die gegen diese Jugendliche vorgingen. Zeigten sich Ansätze einer Organisierung, wurden sofort Ermittlungen aufgenommen. HJ-Streifendienstpatrouillen kontrollierten jugendliche Wandergruppen auf verbotene Uniformierung. Der Grad der Bestrafung reichte von einfachen Verwarnungen bis zu Inhaftierung, Folter und Hinrichtungen und schwankte oft zwischen Integration und Verfolgung. Die Jugendlichen konzentrierten ihre Ablehnung meist auf die verhasste HJ, die ihnen das Leben schwer machte. Nicht selten kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und Massenschlägereien. In ihren Liedern, die oft abgewandelte Volkslieder, Schlager oder auch HJ-Lieder waren, spotteten sie gerne über die HJ: „Wo die Fahrtenmesser blitzen, und die Hitlerjungen flitzen, und die Edelweißpiraten hintendrein. Was kann das Leben uns denn schon geben, wir wollen frei von Hitler sein!"

In der seit Jahren andauernden Debatte, ob die Jugendlichen, insbesondere die Edelweißpiraten, Widerstandskämpfer gewesen seien, positioniert sich die Ausstellung bewusst nicht. Dass die Gruppierungen nicht mit politischen Widerstandsgruppen wie etwa dem „Nationalkomitee Freies Deutschland“ vergleichbar waren, ist allein aus dem Alter der Mitglieder ersichtlich. Das offensive und öffentliche Verhalten der Jugendlichen lässt darauf schließen, dass sie den Terror des NS-Regimes oft unterschätzten. Die Hinrichtungen in Köln-Ehrenfeld allerdings, an denen sich die Diskussion entzündet hatte, waren nicht explizit gegen die Edelweißpiratengruppe gerichtet. Ihre Zerschlagung im Herbst 1944 stand im Zusammenhang mit Gestapo-Ermittlungen gegen eine Gruppe von Erwachsenen, die so genannte „Steinbrück-Gruppe“, denen Morde und Sprengstoffdiebstahl zur Last gelegt wurde.

Meist von rechts kommt der Vorwurf, die Jugendlichen wären Kriminelle ohne politisches Bewusstsein gewesen. Im Kontext der Kriegssituation konnte aber zum einen die „Organisierung“ von Lebensmitteln oder anderen knappen Gütern überlebensnotwendig sein. Eine politische Einordnung ist zum anderen ohnehin äußerst schwierig, geben über die Einstellung der Jugendlichen oft nur die Verhörprotokolle der Gestapo Aufschluss. Darin findet man allerdings kaum das Bekenntnis eines Jugendlichen, Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus zu sein.

Eine glatte und widerspruchsfreie Verhaltensweise kann gerade bei unangepassten Jugendlichen nicht erwartet werden. Aus unterschiedlichsten Motiven schlossen sie sich den Gruppen an; nicht selten waren sie gleichzeitig Mitglied der HJ. Manche Gruppen entwickelten im Laufe der Zeit eine dezidiert politische Haltung gegen das NS-Regime, andere beließen es dabei, eigene Fahrten zu organisieren oder sich mit Hitlerjungen zu prügeln. Sie alle aber versuchten innerhalb einer dikatorischen Gesellschaftsform, die die Jugend total erfassen wollte, ihre eigene Ansicht von Lebensgestaltung durchzusetzen. Allein das unterscheidet sie von einem nicht konformen Jugendverhalten in anderen Gesellschaften.

„Von Navajos und Edelweißpiraten. Unangepasstes Jugendverhalten in Köln, 1933-1945“. Ausstellungszeitraum: 23.04.2004-22.08.2004 und 17.11.2004-20.02.2005. Internet: www.museenkoeln.de/ns-dok/.

Rottenführer der Psychoszene

Bert Hellinger gilt als mit Abstand populärster Psycho-Guru der Jetztzeit. Und das, gleichwohl sein Verfahren des „Familienaufstellens" längst als therapeutisch völlig unbrauchbar ausgewiesen ist. Der Grund für die enorme Akzeptanz Hellingers liegt in der erzreaktionären und damit zeitgeistkompatiblen Ausrichtung des Glaubenssystems, das hinter seinem Ansatz steht: Zurück hinter alles, was die Frauenbewegung erkämpft hat, hinter `68, die bürgerlichen Errungenschaften des 19. und 18. Jahrhunderts, Humanismus und Aufklärung - zurück zu alttestamentarisch-mosaischen Welt- und Werteordnungen, in denen patriarchale Sippen- und Familienhierarchien noch unhinterfragt Geltung hatten.

Von Colin Goldner

Die radikale Rückwärtsgewandtheit Hellingers bringt sich auf den Begriff in seiner besonderen Affinität zu Adolf Hitler. In seinem 2004 bei „Kösel" erschienenen Buch „Gottesgedanken", auf dessen Cover bezeichnenderweise das SS-Symbol der „Schwarzen Sonne" zu sehen ist, lässt Hellinger sich zunächst zu einschlägig verquasten Begriffen wie Vorsehung, Schuld, Demut und Hingabe aus, wie auch zu tiefstem Verlangen, Selbsterkenntnis und Tod. In einem eigenen Kapitel spricht er in lyrisch gestelzten Worten seinen Seelenfreund Hitler direkt an: „Manche betrachten dich als einen Unmenschen, als ob es je jemanden gegeben hätte, den man so nennen darf." Und: „Wenn ich dich achte, achte ich auch mich. Wenn ich dich verabscheue, verabscheue ich auch mich. Darf ich dich dann lieben? Muss ich dich vielleicht lieben, weil ich sonst auch mich nicht lieben darf?" Es passen diese Auslassungen zu früheren Versuchen Hellingers, die Mörder in Wehrmachtsuniform, die SS-Schergen, die Drahtzieher und Profiteure des Nazi-Regimes grundsätzlich von jeder Schuld freizusprechen: „Philosophisch oder theologisch gesehen ist es nicht denkbar, dass jemand durch sein Verhalten aus der Ordnung herausfällt. Der Einzelne kann sich seine Rolle nicht aussuchen, und im Gesamten ist sein Verhalten sinnvoll." Auch Mengele, Heydrich, Eichmann? Ja, im Gesamten sei auch deren Verhalten sinnvoll: „Wir wären in Europa weit zurück, wenn das alles nicht geschehen wäre." Insbesondere für Hitler findet Hellinger Worte der Entlastung: „Wenn ich bekenne, dass du ein Mensch warst, wie ich es bin, dann schaue ich auf etwas, das über uns beide in gleicher Weise verfügt, auf etwas, das sowohl deine wie meine Ursache ist - und unser Ende. Wie dürfte ich mich von dieser Ursache ausschließen, indem ich dich ausschließe? Wie dürfte ich diese Ursache anklagen und mich so über sie erheben, indem ich dich anklage?" Denn: „Du stehst und fällst der gleichen Ursache wie ich. Ich verehre sie in dir wie in mir und unterwerfe mich ihr in allem, was sie in dir bewirkt hat und was sie sowohl in mir und als auch in jedem anderen Menschen bewirkt". Den Widerstandskampf der „Weißen Rose" dagegen tut Hellinger verächtlich ab: „Die haben Glück gehabt, dass das Regime zusammengebrochen ist. Jetzt sind sie die großen Helden. Hätten die Nazis gesiegt, wären sie die Verbrecher geblieben. Das ist der ganze Unterschied von Gut und Böse".

Als wolle er letzte Zweifel an seiner Gesinnung ausräumen, bezog Hellinger unlängst die ehemalige „Kleine Reichskanzlei" der Nazis in Berchtesgaden, die während der Aufenthalte Hitlers auf dem Obersalzberg als politische Zentrale des Verbrecherregimes gedient hatte. Hitler selbst hatte den riesigen Kasten 1936 im sogenannten „Heimatstil" errichten lassen. Nach dem Krieg wurde er von der US-Army genutzt und fiel Mitte der 1990er an die BRD als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches zurück. Sogar der Nazi-Reichsadler prangt noch über dem Portal. Der Einzug Hellingers in die Nazi-Kanzlei passt wie die Faust auf' s Auge: ein symbolträchtigeres Hauptquartier der Szene hätte er schlechterdings nicht auswählen können.

„Matrix 3000"

Es passt ins Bild, dass Hellinger sich nicht scheut, selbst in abgründigsten Magazinen der rechten Esoterikszene zu publizieren. Er ist u.a. als Autor des Vierteljahresheftes „Matrix3000" tätig, dessen Herausgeber Ulrich Heerd Mitte der 1990er bundesweite Bekanntheit erlangte durch den Vertrieb der beiden Bände „Geheimgesellschaften", die der Heilbronner Autor Jan Udo Holey unter dem Pseudonym Jan van Helsing veröffentlicht hatte. Unter ausdrücklich esoterischen Vorzeichen wird in diesen Bänden rassistische und vor allem antisemitische Hetzpropaganda betrieben: Holey leugnet den Holocaust, gibt die Schuld am Zweiten Weltkrieg den Juden und beschreibt die vorgebliche Absicht des „Judentums", die Weltherrschaft an sich zu reißen. Das Buch avancierte in Esoterikkreisen zum Verkaufsschlager: Allein von Band 1 wurden mehr als 100.000 Exemplare abgesetzt. Die Justiz wurde erst nach einem Bericht des Wochenmagazines „Focus" (14/1996) und entsprechender Anzeige der jüdischen Gemeinde Mannheim aktiv: Im April 1996 erging ein bundesweiter Beschlagnahmebeschluss wegen „Volksverhetzung" (§130StGB) und des „Gebrauchs von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen" (§86aStGB).

Holey focht das alles nicht an: Bis heute ist er als Autor einschlägiger Machwerke tätig, selbstredend taucht er auch auf der Autorenliste von „Matrix3000" auf. Daneben alles, was in der rechten Esoterikszene Rang und Namen hat: Der amerikanische Szeneguru Drunvalo Melchizedek etwa, Abgeordneter der theosophischen „Großen Weißen Bruderschaft", oder US-Erfolgsautor Bob Frissell, dessen deutschsprachige Bücher bezeichnenderweise von Holey und einem gewissen Peter Herrmann, Betreiber der rechtsesoterischen „Andromeda-Buchhandlung" in Fürth, aufgelegt wurden. Bei „Andromeda" finden sich sämtliche Traktate rechtsextremer Vordenker wie Guido von List, Miguel Serrano, Julius Evola oder Sigrid Hunke im Regal. Eine eigene Abteilung umfasst rechtes Esoterikschrifttum, von Aleister Crowley über Sri Chinmoy hin zu „Ramtha", dem Geist eines Priesters, der vor 35.000 Jahren in Atlantis gelebt habe und der sich heute via Channelingmedium auch in „Matrix3000" auslässt. „Andromeda" gilt als einer der wichtigsten Knotenpunkte des okkulten, weltverschwörungsesoterischen und politischen Rechtsextremismus.

Zu den weiteren Autoren von „Matrix3000" zählt neben Heerd selbst ein gewisser Martin Gails, der als Referent der theosophischen „Universalen Kirche" auftritt, die in der Schweiz wegen antisemitischer Hetze verurteilt wurde. Dazu der selbsternannte Krebsheiler und Vater der „Neuen Germanischen Medizin" (NGM), Ryke Geerd Hamer, dem seines medizinischen Wirrsinns wegen 1986 die Approbation entzogen wurde. Die australische Lichtnahrungsprophetin Jasmuheen (alias: Ellen Greves), deren 21-tägigen Erleuchtungsprozess schon mehrere AdeptInnen mit dem Leben bezahlten, verbreitet sich ebenso in „Matrix3000" wie Esoterik-"Professor" und Nasenformforscher Kurt Tepperwein; eingerahmt von Geistheilern, Tarotkartenlegern, Geomanten, Ufologen, Hellsehern, Telepathen und sonstig abgedrehten Spinnern des rechten Szenerandes. Und mitten darunter: Bert Hellinger samt seinem Meisterschüler Franz Ruppert, Professor an der „Katholischen Stiftungsfachhochschule München".

Colin Goldner ist Mitautor eines Sammelbandes zur Kritik an Hellinger:

Studentischer Sprecherrat der Universität München (Hrsg.): „Niemand kann seinem Schicksal entgehen...": Kritik an Weltbild und Methode des Bert Hellinger. Alibri-Verlag, Aschaffenburg, 2004. 164 Seiten, brosch., 11,- Euro, ISBN 3-932710-82-7.

Kritische websites zum Thema: http://www.fkpsych.de/pub_hellinger.html, http://www.agpf.de/hellinger.htm.

Kostengünstige Würdigung

„Bund Deutscher Berufsboxer" rehabilitiert Johann Trollmann

Von Uwe Seher

Tänzelnd und mit einer damals einzigartigen Box-Technik besiegte am 9. Juni 1933 Johann Wilhelm Trollmann in einem grandiosen Kampf Adolf Witt. Trollman, genannt Ruckelie, ist Deutscher Meister im Halbschwergewicht. Doch die NSDAP-treuen Funktionäre des deutschen Profiboxverbandes im Saal vergeben an ihn nicht den Meistertitel. Inoffizieller Grund: Trollmann ist Sinto; offizielle Begründung: er habe sich „armselig verhalten", wegen seiner Freudentränen! Am 9. Februar 1943 wird er im KZ Neuengamme von SS-Schergen erschossen.

In der offiziellen Titelliste führte der „Bund Deutscher Berufsboxer" (BDB) Trollmann bis vor kurzem nicht. Geändert hat dies nur die Initiative der Berliner Boxpromoter Eva Rolle und Mike Cloth, die den Antrag auf Rehabilitierung Ruckelies beim BDB stellten. „Nach reichlicher Prüfung", meint BDB-Chef Bodo Eckmann, werde man Trollmann nun würdigen und in die Liste aufnehmen. Die Würdigung des BDB langte aber nur für einen schriftlichen Beschluss, welcher bei der symbolischen Gürtelübergabe an die Angehörigen am 17. Dezember 2003 in Berlin verlesen werden musste, da kein BDB-Funktionär teilnahm. Auch handelt es sich um keinen offiziellen Deutschen Meisterschaftsgürtel, sondern um einen symbolischen für die Familie, ohne BDB-Symbol, der wär zu teuer. Das Verhalten des BDB offenbart eine mangelnde Auseinandersetzung mit Rassismus und Nationalsozialismus, was verschärft wird durch die fehlende Klärung bezüglich der rassistischen und antisemitischen Äußerungen seines Spitzenfunktionärs Hans Högner. So soll er „Alle Juden müssen raus aus Deutschland" gegenüber den niederländischen Boxpromotern Henk und Rudda Ruhling gesagt haben und über den algerischen Schwergewichtler Ramdane Kaouane: „Den kenne ich schon seit Jahren, der hätte in der Trainingshalle nicht nur faul herumliegen, sondern arbeiten gehen sollen. Oder zurück nach Algerien."

Högner bestreitet diese Aussagen, trat aber dennoch offiziell zurück und agiert nun munter weiter als „graue Eminenz" im BDB, so auch gegen die Rehabilitierung: „Das macht den Trollmann auch nicht wieder lebendig", man möge doch „die Füße still halten". Er versucht in einem „historischen Vortrag" einzuschärfen, was z.B. mit dem jüdischen Mahnmal in Berlin und den Degussa-Aufträgen passiert wäre und den Medienrummel, den das alles verursachte...! Tja, die Füße still halten, die Augen schließen. Oder aktiv extrem rechte Publikationen wie die „Junge Freiheit" mithelfen aufzuwerten, was der Box-Weltmeisterin Daisy Lang bzw. ihrem Management glückte, indem sie bereitwillig den Bogen mit den 12 Standard-Fragen ausfüllte. Ob der BDB zu einer Auseinandersetzung mit seiner Geschichte und Rassismus in den eigenen Reihen fähig ist, wird die Zukunft zeigen und sicher nicht ohne Druck passieren. Ebenso, ob es zu einer öffentlichen Namensnennung Trollmanns kommt, der als grandioser deutscher Boxer mit seinem Stil der Zeit und Max Schmeling voraus war. Bestrebungen gibt es für eine Straßenbenennung in seiner Heimatstadt Hannover, nachzulesen auf http://www.johann-trollmann.de/.

Impressum:
Verlag Der Rechte Rand GbR, Rolandstr.16,
30161 Hannover
Postanschrift: Der Rechte Rand, Postfach 1324
30013 Hannover
Fax: 0511 / 33 60 221
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de
Druck: Werkdruck Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

In der Ära Adenauer

Von Christian Dornbusch

In den letzten Jahren entdeckten Zeithistoriker vermehrt ihr Interesse an der Gründungszeit der Bundesrepublik und deren Umgang mit der NS-Vergangenheit. Exemplarisch sind dabei die Veröffentlichungen von Norbert Frei, Axel Schildt und Peter Reichel zu nennen. Heiko Buschke legt mit seiner unter dem Titel „Deutsche Presse, Rechtsextremismus und nationalsozialistische Vergangenheit in der Ära Adenauer" veröffenlichten Dissertation nun eine wichtige ergänzende Arbeit vor. Er untersucht den Umgang der jungen bundesdeutschen Presse hinsichtlich sieben ausgewählter Skandale mit extrem rechtem Hintergrund, wie beispielsweise dem Erfolg der „Sozialistischen Reichspartei" 1949-52, dem Prozess gegen den Generalmajor a. D. Otto Ernst Remer 1952 und der dort verhandelten Frage nach der Bewertung der Attentäter vom 20. Juli 1944 oder der Naumann-Affäre von 1953. Die Analysebasis stellen die Zeitungen „Frankfurter Allgemeine", „Frankfurter Rundschau", „Die Welt", „Die Süddeutsche Zeitung", „Die Zeit" und „Der Spiegel" dar. Eingangs verortet Buschke diese Medien mit Kurzporträts in der politischen Kultur jener Zeit. Zu den wichtigsten Protagonisten, seien es Journalisten, Redakteure oder rechte Wortführer, hat er kurze biografische Anmerkungen in den Fußnoten platziert.

Buschke gelingt es anhand der Skandale und ihrer Verarbeitung in der Presse zu zeigen, dass die 1950er Jahre nicht durchweg ein Jahrzehnt des Schweigens und Verdrängens waren. „Der Umgang der Presse", resümiert er, „wies [...] eine diffizile und vermeintliche Doppelstrategie auf. Zunächst versuchte man, rechtsextremistische Bestrebungen durch Nichtbeachtung und Verschweigen zu eliminieren. Sofern dies keinen Erfolg versprach, ging man zu offensiven Methoden der öffentlichen Anklage und moralischen Verurteilung über, die eine Stigmatisierung und Ausgrenzung der skandalisierten Personen und Gruppen bewirken sollten". Im Laufe dieser zehn Jahre wandelte sich zudem die Form der Berichterstattung und wurde mit der Zeit immer kritischer hinsichtlich extrem rechter Vorkommnisse. Die Zeitungen wurde damit zu Trägern einer langsam wachsenden liberalen und demokratischen Öffentlichkeit.

Die Arbeit von Buschke vermittelt einen lebendigen Eindruck der politischen Kultur der 1950er Jahre und führt Geschichtsinteressierte hautnah an die ersten zarten Versuche einer Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen „Vergangenheit" heran. Trotz des Preises ein Buch, das gelesen werden sollte.

Heiko Buschke: Deutsche Presse, Rechtsextremismus und nationalsozialistische Vergangenheit in der Ära Adenauer. Campus Verlag, Frankfurt/ M, New York, 2003, 404 S., 45,- €.

Anzeigen

Einheitsmargarine und Feingemüse

Von Alexandra Kornblum

Im zweiten Kriegswinter 1940 verdächtigt die Polizei den jugendlichen Zwangsarbeiter Kolja, der von Polen nach Köln verschleppt wurde, einen Gestapo-Mann ermordet zu haben. Im Gefängnis wartet er jetzt auf seine Hinrichtung. Ein deutsches Mädchen, Marie, weiß, dass Kolja unschuldig ist, und beginnt mit der fieberhaften Suche nach dem wahren Mörder.

Mila Lippkes Debütroman „Mehr zu fürchten als den Tod" ist ebenso ein Kriminalroman wie ein Jugendbuch. Es ist auch eine Kölner Alltagsgeschichte während des Zweiten Weltkriegs: Lippke beschreibt, wie schwierig es war, Lebensmittel zu bekommen, dass schon 1940 der Bombenalarm unerträglich gewesen war und dass es in der Domstadt einmal ein „Klein-Moskau" gab. Seit dem Kriegsbeginn aber gab es nur noch Einheitsmargarine statt Butter und selbst die schrumpeligste Kartoffel hieß jetzt „Feingemüse".

Krimis, die im Nationalsozialismus spielen, sind selten und das Bemerkenswerte an diesem Roman ist, dass hier eine häufig verschwiegene Seite des deutschen Kriegsalltags zur Sprache kommt: Die der polnischen „Fremdarbeiter", die unter den Augen der deutschen Zivilbevölkerung Sklavenarbeit leisten mussten, die für das kleinste Vergehen streng bestraft wurden und bei denen sich keiner fragte, unter welchen Umständen sie eigentlich nach Deutschland gekommen waren.

Die Sicht Koljas wechselt immer wieder mit der Perspektive Maries. Ungeschminkt dominiert zunächst die nationalsozialistische Weltanschauung, die Marie mit all ihrer Naivität verinnerlicht hat, ihr Denken und Handeln. Lippke schafft es, die Widersprüche und Brüche der Ideologie langsam offen zu legen, ohne sie zu kommentieren. Marie selber merkt immer stärker, dass ihr gerade die vom System Verfolgten nahestehen und stellt ihre Überzeugung immer häufiger in Frage.

Mila Lippke hat sich eine schwierige Aufgabe gesetzt: Einen politischen Kriminalroman mit Witz zu schreiben, der ein wichtiges und ernstes Thema spannend und gleichzeitig für Jugendliche erzählt – das ist ihr gelungen.

Mila Lippke: Mehr zu fürchten als den Tod. Historischer Kriminalroman, Emons Verlag, 2004, 234 S., 9.00 €.